

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Sommer 2022
Nr. 216, 51. Jahrgang
Nürnberg
3,- €

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Russland und seine Stellung in der Welt



Auch ohne den Begriff „Zeitenwende“ zu strapazieren, dürfte klar sein, die Analyse und Beurteilung der gegenwärtigen Situation ist auch für Linke und Kommunisten nicht ganz einfach. Es stellen sich neue Fragen, bisherige Einschätzungen müssen kritisch überprüft werden. Selbstverständlich geht es dabei nicht um irgendeine Anpassung an die aufgeheizte politische Stimmung, die hierzulande zur Zeit dominiert. Es reicht aber auch nicht, diese Stimmung einfach nur abzulehnen und Widerspruch dagegen einzulegen, so berechtigt und notwendig das auch ist. Wir müssen der Sache schon auf den Grund gehen.

Entsprechend dem Thema liegt der Schwerpunkt dieses Artikels auf der Einschätzung des heutigen Russland, der Russischen Föderation. Selbstverständlich ist der Krieg auch auf das Engste mit den Verhältnissen in der Ukraine und der dortigen Politik verbunden. Darauf wird aber nur am Rande eingegangen, insbesondere wird nicht genauer untersucht, wie und warum die Entwicklung in der Ukraine zu den heutigen Verhältnissen geführt

hat. Da muss auf andere Veröffentlichungen verwiesen werden.

Und dann noch eine einleitende Anmerkung. Es ist ganz wesentlich, dass wir unsere eigene Analyse zuerst einmal nur auf einigermaßen gesicherten Fakten aufbauen. Deshalb wird soweit wie nur möglich auf Spekulationen verzichtet, egal ob zum weiteren Verlauf der militärischen Auseinandersetzung oder zu eventuellen politischen Folgen in Russland usw.. Genauso ist dieser Artikel zurückhaltend bei der Kommentierung von allen Ereignissen, die im Zentrum des stattfindenden

Informationskrieges stehen. Das betrifft z.B. die Frage nach Kriegsverbrechen in Butscha oder warum die Evakuierung der Zivilisten aus Mariupol immer wieder gescheitert ist. Solchen Fragen wird im folgenden nicht nachgegangen. Nicht weil sie unwichtig wären oder gar weil sie verdrängt werden sollen. Wir werden zu einem späteren Zeitpunkt, wenn die Nachrichtenlage dann hoffentlich klarer und überprüfbarer ist, darauf zurückkommen müssen.

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

Russland und seine Stellung in der Welt	1
Deutsche Medien und deutsche Parteien in Kriegszeiten	11
Ökonomische Folgen des Krieges	15
Der Zustand der Partei Die Linke	18
Der Georg, sein Jesus und die Kartonagen	22
Rezensionen:	
Der Aufmarsch – Vorgeschichte zum Krieg	24
Sozialismus ohne Basis	28

In eigener Sache

Auch beim Erscheinen dieser Nummer der Arsti geht der Krieg in der Ukraine mit voller Schärfe weiter. Ein Ende und ein Kompromiss sind nicht mal in Sicht.

Deutschland verstrickt sich immer mehr und steht in der Konfrontation auf Seiten Kiews mit allen Risiken. Da bleibt nichts mehr übrig von der sogenannten „Entspannungspolitik“ der 1970er Jahre, wie sie Willi Brandt mit großer Zustimmung im Lande entwickelte.

Von der Sowjetführung wurde sie weltweit fälschlicherweise als „Friedliche Koexistenz“ gepriesen.

Damals war die neue deutsche Außenpolitik dieser 70er Jahre auch eine Angleichung an die veränderten Kräfteverhältnisse in der Welt zugunsten der Sowjetunion. Sie diente aber gleichzeitig als ein Hebel zur Unterminierung der politischen Substanz des sozialistischen Lagers. (Egon Bahr)

Die deutsche Bourgeoisie schüttelt nun, und das mit Hurra, die letzten Fesseln aus der schuldbeladenen Vergangenheit ab – und das 80 Jahre nach dem Überfall Nazideutschlands auf die Sowjetunion.

Die neue Ära in Deutschland heißt nun: die alten Vorsätze vergessen, Macht und Dominanz in Europa, der Militarismus wieder als Mittel!

Dass dieser Krieg noch nicht beendet ist, liegt hauptsächlich daran, dass es ein Stellvertreterkrieg geworden ist zwischen Rußland auf der einen und der NATO unter Führung der USA auf der anderen Seite. Dass dabei die Menschen in der Ukraine unsägliches Leid und Tod erleiden müssen, dass ihr Land

und seine Infrastruktur in Schutt und Asche gelegt werden für das Ziel, dass Rußland ruiniert werden soll und diesen Krieg nicht gewinnen darf, wird von der NATO billigend in Kauf genommen.

Die Finanzierung des Krieges durch die USA und die EU wie auch die Waffenlieferungen an die Ukraine halten den Krieg am Laufen.

Auf unserer Frühjahrstagung in München im Mai haben wir uns ausführlich mit dem Krieg in der Ukraine auseinandergesetzt – auch in der vorliegenden Nummer ist dieses Thema daher der Schwerpunkt. Dabei versuchten wir, uns den Staat Rußland genauer anzusehen. Dass Rußland auch ein kapitalistischer Staat ist, steht außer Zweifel. Die schwierigere Frage, ob Rußland auch ein imperialistischer Staat ist, wurde in der Diskussion behandelt. Wir drucken das überarbeitete und ergänzte Referat ab.

Mit der Rolle der Medien und ihrer „Kriegsberichterstattung“ befasste sich der zweite Themenblock. Der zugehörige Vortrag steht ebenso in dieser Ausgabe.

Als Abschluß zur Kriegsthematik diskutierten wir über (Auf-)rüstung und Waffenlieferungen und deren Auswirkungen auf den „Sozialstaat“ und die Folgen. Das zugrundeliegende Referat drucken wir in überarbeiteter Form ab.

Ein weiterer Diskussionspunkt auf der Tagung war der Zustand der Partei Die Linke. Ein Mitgründer der WASG in Bayern hielt einen Vortrag von deren Entstehung über verschiedene Entwicklungsschritte bis zur jetzigen Situation der Linkspartei. Wir bedanken uns beim Referenten und auch dafür, dass er uns die Abdruckerlaubnis erteilt hat.

Es war ja eigentlich klar, was bei den unterschiedlichen Ausgangslagen

zu erwarten war – da ist die momentane Situation in der Partei fast eine logische Konsequenz.

Wir entschuldigen uns für das Nichterscheinen des in der letzten Nummer angekündigten Artikels „Der Georg, sein Jesus und die Kartonaugen“. Darin liefert der Verfasser neue Erkenntnisse über den fatalen Einfluss der christlichen Rechten und deren Macht. Der Autor, ein uns eng verbundener Genosse der AGI-Dorfen, hat sich bereits in der Arsti 211 mit dem Thema befasst.

Zum Artikel über die Klassenfrage erreichte uns ein Leserbrief, den wir nachdrucken.

Zwei Rezensionen runden diese Nummer ab. Die eine widmet sich dem neu erschienen Buch von Jörg Kronauer mit dem Titel „Der Aufmarsch“, in dem der Autor die Vorgeschichte des Krieges in der Ukraine darstellt.

Die andere befasst sich mit dem Buch von Heiner Karuscheit, „Sozialismus ohne Basis“.

Wir möchten uns dafür entschuldigen, dass in der letzten Nummer das Beiliegen von Überweisungsscheinen zwar angekündigt war, diese jedoch fehlten. (Wir haben erst am Tage des Versands festgestellt, dass wir veraltete Formulare hatten.) Das holen wir dieses Mal mit aktualisierten Formularen nach.

Einige Leser haben von sich aus trotzdem schon das Abo bezahlt bzw. uns höhere Beträge als Spende überwiesen. (Ein kleiner Teil tut das bereits regelmäßig zur Jahreswende.) Dafür sagen wir herzlichen Dank!

Die anderen bitten wir hiermit um ihre Unterstützung („nicht nur in finanzieller Hinsicht). Wir sind darauf angewiesen. Danke!

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
M. Derventli, Bucherstr. 20
90408 Nürnberg
Druck: Eigendruck im Selbstverlag.
Zuschriften: Arbeiterstimme
Postfach 910307, 90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

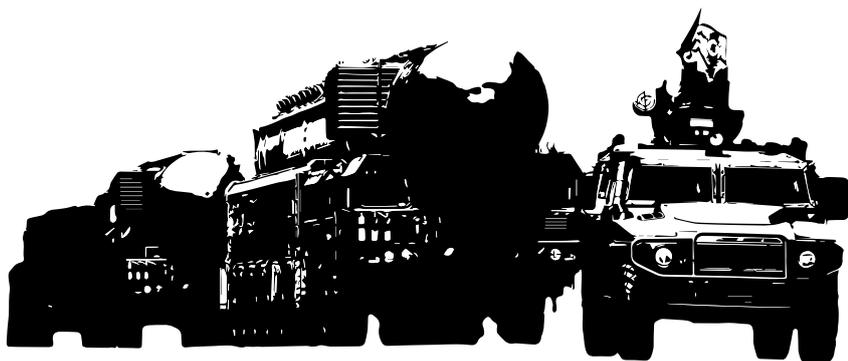
Bankverbindung: Hans Steiger
Postbank München
IBAN: DE 85 7001 0080 0665 9248 08
BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,-€ aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z. B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften

sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Leser*innenbriefe geben nicht Meinung der Redaktion wieder.

Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.



Die Ausgangslage, die Auflösung der Sowjetunion

Die zwei Staaten, die sich im Ukraine-Krieg unmittelbar gegenüberstehen, waren vor 32 Jahren, noch beide selbstverständliche Teile der Sowjetunion. Damals, bei der Auflösung der Sowjetunion, war die jetztige kriegerische Konfrontation keineswegs vorgezeichnet.

Der Wunsch nach Unabhängigkeit hat zwar in der krisenhaften Spätphase der Sowjetunion (SU) eine bedeutende Rolle gespielt, aber eigentlich nicht in Bezug auf die Ukraine. Die Unabhängigkeit war vor allem für die drei baltischen Länder ein mit großer Entschlossenheit angestrebtes Ziel, dann auch für Moldawien/Transnistrien und die Kaukasus-Republiken Georgien und Armenien. Zusätzlich gab es auch Unabhängigkeitsbewegungen in einigen Gebieten, die keine eigenen Sowjetrepubliken waren, wie etwa Tschetschenien oder Abchasien. Nebenbei sei angemerkt, dass die Situation im Kaukasus wegen diverser lokaler Konflikte wie z.B. zwischen Armenien und Aserbaidschan oder Georgien und Abchasien ziemlich anders war als im Baltikum. Darauf wird aber nicht weiter eingegangen, das wäre ein eigenes Thema. Für die Ukraine spielte die Unabhängigkeit zuerst einmal keine entscheidende Rolle (ähnlich wie für Belarus, Kasachstan und andere Sowjetrepubliken).

Um zu erklären, warum es dann trotzdem ziemlich schnell zur Auflösung der SU und zu einer selbstständigen Ukraine gekommen ist, muss man etwas ins Detail gehen.

1989 fanden Wahlen zum (neu geschaffenen) SU-weiten Kongress der Volksdeputierten statt. Bei diesen Wahlen gab es, sehr vereinfacht gesprochen, eine Mehrheit für die

Anhänger Gorbatschows, die prinzipiell für den Erhalt der SU eintraten.

Im Frühjahr 1990 fanden dann Wahlen in den einzelnen Republiken statt. Bei diesen Wahlen mussten Gorbatschow und seine Anhänger eine Niederlage hinnehmen. In Russland, der damaligen RSFSR, wurde Jelzin, der auf viel radikalere Veränderungen drängte, Präsident und konkurrierte seitdem mit Gorbatschow um den entscheidenden politischen Einfluss.

1990 erklärten sich auch die ersten Sowjetrepubliken, z.B. Litauen, für unabhängig. Die Antwort der Führung unter Gorbatschow war der Vorschlag eines neuen Unionsvertrags. Dieser sollte die Rechte und Pflichten der Zentrale und der Republiken auf eine neue Grundlage stellen. Ziel war dabei die weitgehende Erhaltung des staatlichen Verbunds der bisherigen SU. Über diesen Vorschlag wurde am 17. März 1991 ein Referendum abgehalten. Sechs Republiken beteiligten sich bereits nicht mehr offiziell an diesen Referendum (Estland, Lettland, Litauen, Moldawien, Armenien, Georgien). In den anderen Republiken zeigte sich eine große Zustimmung zum neuen Unionsvertrag (z.B. RSFSR: 71,3 % ja, 26,4 % nein, 75,4 % Beteiligung; Belarus: 82,7 % ja, 16,1 % nein, 83,3 % Beteiligung; Kasachstan: 94,1 % ja, 5,0 % nein, 88,2 % Beteiligung). In der Ukraine gab es 70,2 % Ja-Stimmen und 28 % Nein-Stimmen bei einer Beteiligung von 83,5 %. Daraus wird ersichtlich, es gab auch damals schon Nationalisten, die die staatliche Einheit nicht fortsetzen wollten, aber sie waren weit von einer Mehrheit entfernt. Der neue Unionsvertrag trat aber nie in Kraft. Denn ein paar Tage vor der geplanten Unterzeichnung starteten Kreise um den damaligen Vizepräsidenten der SU, Gennadi Janajew, den soge-

nannten Augustputsch (19.8.1991). Gorbatschow wurde auf der Krim festgesetzt. Der Putsch brach nach kurzer Zeit zusammen, löste aber eine Dynamik aus, die sehr schnell zur Auflösung der SU führte. Denn die Führung des Widerstand gegen den Putsch konzentrierte sich in den Einzelrepubliken, insbesondere der RSFSR unter Jelzin. Im Rahmen des Widerstandes gegen den Putsch erfolgten auch Unabhängigkeitserklärungen wie die der Ukraine am 24.8.1991 und von Belarus am 25.8.1991. Gorbatschow konnte zwar wieder nach Moskau zurückkehren, unterlag aber im folgenden Machtkampf den radikaleren „Reformern“ wie Jelzin. In den folgenden Monaten erklärten sich nach und nach auch die anderen Republiken für unabhängig, als letztes Kasachstan am 16.12.1991.

Folgerichtig erklärten die Führungen von drei Republiken (Jelzin für Russland, Krawtschuk für die Ukraine und Schuschkewitsch für Belarus) in der Beloweschen Vereinbarung (8.12.1991) die Existenz der Sowjetunion für beendet und beschlossen stattdessen die Gründung der „Gemeinschaft Unabhängigen Staaten“ (GUS), die aber nie eine wesentliche Rolle spielen sollte.

Die Ukraine organisierte ein neues Referendum. Am 1.12.1991 stimmten 90,3 % für die Unabhängigkeit. Nach nicht einmal neun Monaten hatte sich die Stimmung vollkommen gedreht. Allerdings bestand zum Zeitpunkt des zweiten Referendums auch kaum mehr eine realistische Alternative zur Unabhängigkeit.

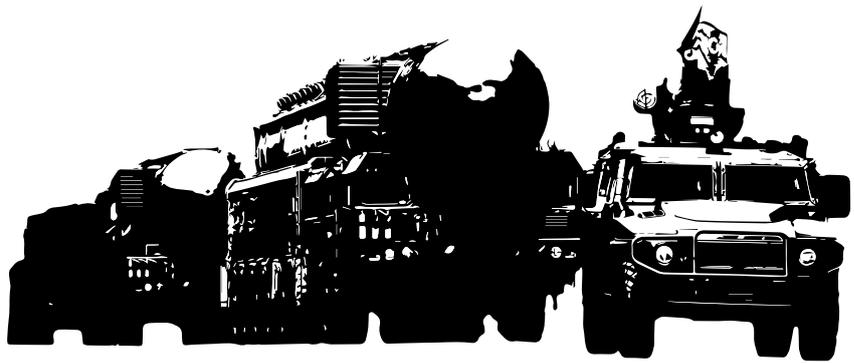
Die Auflösung der SU in der Form, wie sie abgelaufen ist, ist in gewisser Weise ein Nebenprodukt eines Machtkampfes, zuletzt des Kampfes Jelzin gegen Gorbatschow, wenn man das auf die Personen zuspitzen will. Ein Nebenprodukt deshalb, weil das Hauptfeld der Auseinandersetzung natürlich die Radikalität der anstehenden Transformation war.

Und diese Transformation hat dann auch stattgefunden, in Russland und der Ukraine. In beiden Ländern folgte eine chaotische Übergangsphase zum Kapitalismus. In dieser Zeit kam es zum Aufstieg der Oligarchen. Diese konnten sich im Rahmen der stattfindenden Privatisierungen einen großen Teil des Produktivvermögens aneignen. Noch heute beherrschen sie

weite Teile der russischen bzw. ukrainischen Wirtschaft. Diese Zeit war von einer tiefen Wirtschaftskrise begleitet. Besonders in den Jahren 1991, 1992 und 1993 kam es zu starken Einbrüchen bei der Produktion, begleitet von hohen Inflationsraten und einer Verarmung breiter Schichten. Die Krise führte auch zu einer Deindustrialisierung. Der Anteil der Industriegüter am BIP ging von 65 % (1990) auf 41 % (2004) zurück. Die Tiefe dieser post-sowjetischen Krise und die Folgen, die davon ausgegangen sind, darf man nicht unterschätzen. Nicht vergessen darf man auch, dass die Transformation nicht gewaltfrei durchgesetzt wurde. Man denke nur an die Beschließung des russischen Parlaments (1993) und die anschließende Etablierung einer Präsidialverfassung mit autoritären Zügen unter Jelzin, wobei dieser von den USA mit erheblichen Geldmitteln unterstützt wurde.

Russland erlebte dann 1998/99 nochmal eine Verschärfung der wirtschaftlichen Probleme, die sogenannte Russland- oder Rubel-Krise. In Anschluss an die Turbulenzen der Finanz- und Devisenmärkte in Asien gerieten auch die russischen Finanzmärkte unter Druck. Sowohl ausländisches als auch inländisches Kapital wurde fluchtartig aus Russland abgezogen. Der Staat konnte sein Haushaltsdefizit nicht mehr finanzieren und stellte vielfach seine Zahlungen ein. Firmen wurden nicht mehr für ihre Waren bezahlt und konnten ihrerseits die Löhne oder Zulieferer oder den Strom etc. nicht mehr bezahlen. Die Folge war ein Zusammenbruch der Zahlungsketten. Unter dem Druck des IWF musste die Regierung (noch unter Jelzin) einen strikten Sparkurs einschlagen und weitere „Reformen“ durchführen. Der Rubel, der damals noch nicht frei floatete, wurde um ca. 60 % abgewertet. Erst ab dem Jahr 2000 stabilisierte sich die Lage wieder.

Bis dahin war der Verlauf in Russland und der Ukraine weitgehend parallel, wobei der Niedergang in der Ukraine im allgemeinen noch größer war als in Russland. Nach 2000 entwickelten sich Russland und die Ukraine immer weiter auseinander. Eine wesentliche Ursache dafür war das Erdöl und sein Preis. Denn dieser, und in seinem Gefolge auch der Gaspreis, zeigte mehrere Jahre (bis zur Finanz-



krise 2008) eine starke Aufwärtsentwicklung, die Russland steigende Einnahmen bescherte. Die Ukraine konnte mangels einschlägiger Ressourcen nicht vom Anstieg der Energiepreise profitieren, im Gegenteil, ihre notwendigen Importe verteuerten sich.

Die Russischen Föderation nach 2000.

Im August 1999 ernannte Jelzin Wladimir Putin zum Ministerpräsidenten, im Mai 2000 wurde dieser Präsident der Russischen Föderation.

Wirtschaft

Für Russland bedeutete die wirtschaftliche Stabilisierung einmal den Rückgang der hohen Inflationsraten. Die Produktion erholte sich allmählich, die Staatseinnahmen stiegen ebenfalls. Der russische Staat wurde wieder zahlungsfähig und kreditwürdig. Die Leistungen des Staates konnten wieder zuverlässig erbracht werden, wenn auch auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau.

Charakteristisch für die russische Ökonomie ist der große Anteil des Energie- und Rohstoffsektors. Dieser liefert den Löwenanteil der privaten Profite und auch der Staatseinnahmen. Rohstoffe stehen für ca. 80 Prozent des russischen Exports und finanzieren zu rund 50 Prozent den Staatshaushalt. (Zahlen nach Ostauschuss der deutschen Wirtschaft – Stand März 2014)

An erster Stelle stehen die Träger von fossiler Energie: Erdöl, Erdgas und Steinkohle. Diese Produkte sind mit großem Abstand die wichtigsten für die russische Ökonomie. Aber auch bei anderen Rohstoffen spielt Russland international eine wichtige Rolle. Zu nennen wären etwa Nickel, Titan und Palladium.

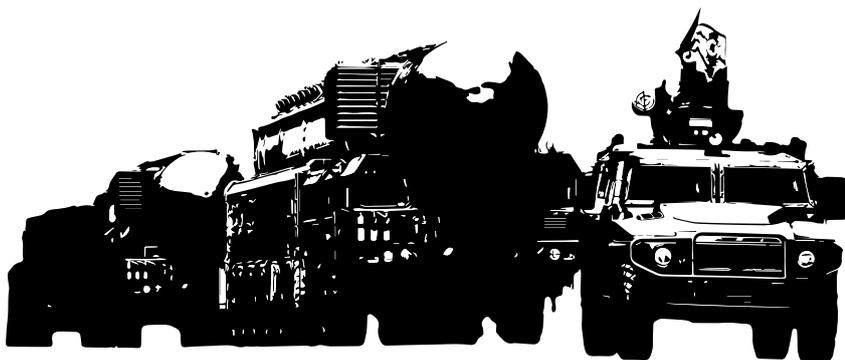
Auf den günstigen Energieträgern baut auch ein Teil der Industrie auf, z.B. die Herstellung von Aluminium und von Stickstoffdünger. Beide Produktionszweige sind sehr energieintensiv. Bedeutend sind auch noch andere rohstoffnahe Industrien wie die Erzeugung von Eisen und Stahl und die Basischemie.

Auch landwirtschaftliche Rohstoffe sind für Russland wichtig. Im Wirtschaftsjahr 2020/21 war es z. B. mit 19,67 % Marktanteil der weltweit führende Exporteur von Weizen und Weizenprodukten (vor der EU mit 14,96 % und Kanada mit 13,95 %; zum Vergleich Ukraine 8,48 %; Angaben laut Statista).

In Russland gibt es immer noch eine vielfältige Industrie. Allerdings scheint diese, was ihre Leistungsfähigkeit bzw. die Modernität und Qualität der Produkte betrifft, international oft wenig konkurrenzfähig zu sein. Natürlich gibt es Ausnahmen, z.B. Waffen und andere militärische Güter oder auch Atomkraftwerke und deren Zubehör wie Brennstäbe.

Staatlicherseits gab es Bestrebungen, die industrielle Basis zu modernisieren und zu stärken. Durch die Definition von strategischen Zielen (hier wirtschaftlich und nicht militärisch zu verstehen) wurde versucht industriepolitisch Einfluss zu nehmen und die Weichen für die Zukunft zu stellen. Aber anscheinend bisher mit nur mäßigen Erfolg, soweit man das von hier aus beurteilen kann.

Die sogenannten Oligarchen kontrollieren nach wie vor wesentliche Teile der russischen Ökonomie. Daneben gibt es aber auch noch einen nennenswerten staatlichen Sektor, im Energiebereich (Gazprom und Rosneft) und im Rüstungsbereich und damit verwandten Branchen. (28,4 % aller in der Wirtschaft Beschäftigten arbeiten in Firmen mit staatlichen



bzw. kommunalen Eigentümern, nach Daten des russischen Amtes für Statistik zu 2013)

Russlands Wirtschaftspolitik ist neoliberal geprägt. Eine prominente und einflussreiche Vertreterin des Neoliberalismus ist die Chefin der russischen Zentralbank, Elvira Nabiullina. Der Staat ist bei seinen Ausgaben sparsam. Die Zeiten der hohen Erdöl- bzw. Gaspreise wurden genutzt, um finanzielle Reserven zu bilden, die inzwischen eine beträchtliche Höhe erreicht haben. In der Vergangenheit war Russland weitgehend offen für ausländisches Kapital, genauso wie auch der Export von einheimischem Kapital problemlos möglich war. Es gab bedeutende ausländische Investitionen in Russland, viele transnationale Konzerne waren daran beteiligt. Ausländische Konzerne investierten auch in die Gewinnung von Erdöl und Erdgas.

Das von Öl und Gas dominierte Wirtschaftsmodell offenbarte aber auch seine Grenzen. Nach der Finanzkrise 2008 und während der Corona-Flaute (2020/21) ging weltweit die Nachfrage nach Öl zurück und dementsprechend brachen die Preise ein, was entsprechende negative Folgen für den russischen Staatshaushalt hatte. Die neoliberale Ausrichtung und die Offenheit für ausländisches Kapital blieb nicht ohne Widerspruch. Es gibt eine auch in Staat und Regierung vertretene und in den letzten Jahren anscheinend stärker gewordene Strömung, die man als national-konservativ bezeichnen könnte. Sie plädiert hauptsächlich für eine stärkere Binnenorientierung in der Wirtschaft und für die Förderung einer auf Importsubstitution ausgerichteten Industrie, außerdem für eine stärkere Ausrichtung auf den asiatischen Raum. Ein relativ bekannter Vertreter dieser Richtung

ist etwa der Ökonom Sergei Glasjew (Mitglied der russischen Akademie der Wissenschaften). Die politische Entwicklung der letzten Jahre begünstigte diese Strömung. Bereits die Sanktionen ab 2014 haben die Investitionen des Auslands abgebremst. Nach den jüngsten Sanktionen hat sich die Situation völlig gewandelt. Viele westliche Firmen ziehen sich wieder aus Russland zurück.

Von der Ökonomie her ist Russland eher als Schwellenland einzustufen, allerdings mit einigen Inseln in der Hochtechnologie. Abschließend noch ein paar Grunddaten. Bei der Größe der Bevölkerung ist Russland (ca. 145 Mio.) gut mit Deutschland plus Frankreich (83 + 67 = 150 Mio.) vergleichbar. Auffallend ist beim Vergleich der Wirtschaftskraft der große Unterschied zwischen dem nominalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) und dem BIP gemessen in Kaufkraftparitäten (KKP). Beim nominalen BIP weist Russland nur 27 % des BIP von Deutschland plus Frankreich aus. Rechnet man in KKP sind es immerhin 60 % (Zahlen für 2020 aus Wikipedia). Offensichtlich wird der Rubel auf den internationalen Devisenmärkten nur relativ schwach bewertet (und das seit Jahren und unabhängig vom Krieg in der Ukraine). Die interne Kaufkraft des Rubel ist deutlich größer.

Innenpolitik

Die Zeit der ökonomische Stabilisierung war innenpolitisch von einer Stärkung der Zentralmacht begleitet. Die eigenen Wege, die in manchen Regionen (z. B. Tatarstan) von den dortigen Administrationen versucht wurden, wurden wieder unterbunden. In Tschetschenien (teilweise auch in angrenzenden Gebieten wie Dagestan und Inguschetien) wurde

ein von beiden Seiten brutaler Krieg geführt, der mit der Niederlage der dortigen Unabhängigkeitsbewegung (sei es der radikal islamistischen oder der eher gemäßigt islamistischen/säkularen Nationalisten) endete.

Die genauen internen Machtverhältnisse, die sich seit 1990 in Russland etabliert haben, sind von außen nicht so ohne weiteres zu durchschauen. Offensichtlich gibt es innerhalb der herrschenden Kreise verschiedene Gruppen, wie etwa Vertreter aus dem Machtapparat, die sogenannten Silowiki, oder die Oligarchen.

Das Gewicht der Silowiki scheint im Laufe der Zeit eher zugenommen zu haben. Den Oligarchen dagegen wurden die Schranken ihres politischen Einflusses aufgezeigt (z. B. im Fall Chodorkowski). Anscheinend haben sie keinen unmittelbar bestimmenden Einfluss mehr auf die Staatsführung. Aber der Besitz der Oligarchen wurde im allgemeinen nicht angetastet.

Die Medien wurden immer stärker einer direkten staatlichen Kontrolle unterworfen. Die demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten wurde schrittweise abgebaut oder zumindest relativiert, vor allem durch Verbote bzw. die administrative Behinderung von oppositionellen Gruppen. Die Repression hat im Laufe der Jahre zugenommen.

Die Silowiki bzw. Personen, die diesen Kreisen entstammen, haben sich inzwischen auch direkten Zugriff auf die gesellschaftlichen Reichtümer verschafft. Sie besetzen vielfach Positionen an ökonomisch wichtigen Stellen (z.B. als Chefs von staatlich kontrollierten Firmen wie Gazprom, Rosneft etc.). Anscheinend gibt es vielfältige korrupte Praktiken, durch die sich einflussreiche Staatsvertreter bereichern können.

Präsident Putin fungiert vermutlich als Schiedsrichter und letzter Entscheider über den diversen Machtgruppen.

Außenpolitik

Im Zuge der Auflösung der SU und einige Zeit danach waren viele Ansätze zur Kooperation mit dem „Westen“ zu beobachten. Dazu nur ein paar Stichpunkte. 1990 beschloss alle KSZE-Staaten die Charta

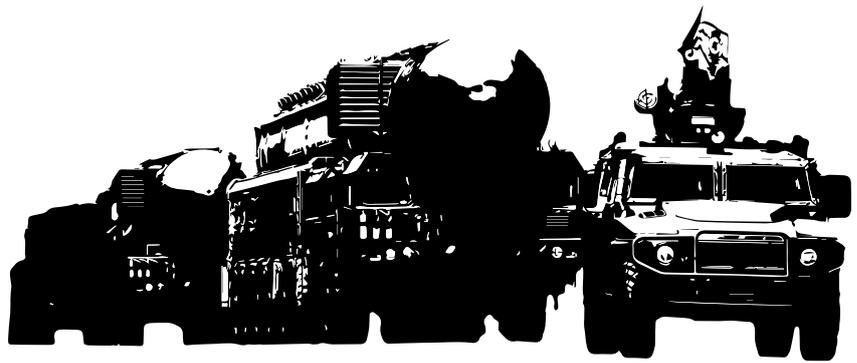
von Paris. Diese sollte die Basis für die zukünftige partnerschaftliche Entwicklung bilden. Die Staaten der NATO und des, damals noch bestehenden, Warschauer Pakts versprachen, sich zukünftig nicht mehr als Gegner zu betrachten. Bereits die erste NATO-Osterweiterung 1997 sorgte dann für erhebliche Irritationen auf russischer Seite, beendete aber die Phase der Kooperation noch nicht. Es folgte die NATO-Russland-Grundakte (1997), die eine neue Basis für die Zusammenarbeit bilden sollte. Seit 1998 (bis 2014) war der russische Präsident Teilnehmer an der früheren G7-Runde, die damit zur G8 wurde. Auch die Rede Putins im Bundestag (2001) stand noch im Zeichen der Kooperation.

Danach wurde die zunehmende Distanz und Konfrontation immer offensichtlicher, z. B. in der Rede Putins auf der Sicherheitskonferenz in München (2007). Einen erheblichen Beitrag zum Entstehen dieser Konfrontation leistete die Politik der NATO-Ausdehnung nach Osten. (siehe dazu Artikel in der ARSTI 125 „Der NATO-Prolog des Ukraine-Krieges“). Weitere Stichpunkte sind: Anerkennung der Unabhängigkeit Kosovos durch USA und BRD (Februar 2008), NATO-Beitrittsperspektive für Georgien und die Ukraine (April 2008), die militärische Intervention Russlands in Südossetien bzw. Georgien und Abchasien (August 2008), die Annexion der Krim und die Entstehung der sogenannten Volksrepubliken von Luhansk und Donezk (2014).

Russische Außenpolitik gab es natürlich nicht nur Richtung Westen. Insbesondere mit der Schanghai-Organisation für Zusammenarbeit (2001, Vorläufer 1996) wurde eine Kooperation nach Asien hin etabliert. Aber das steht nicht im Fokus dieses Artikels.

Nach der Transformation zum Kapitalismus musste logischerweise auch die Außenpolitik auf eine neue Basis gestellt werden. Beim Verhältnis Russland zum „Westen“ gab es keinen Systemgegensatz mehr. Als Rohstofflieferant stellt Russland in gewisser Weise sogar eine ideale Ergänzung für die rohstoffarmen westeuropäischen Länder dar.

Der erste Ansatz (etwa ab 1990) war, in der Außenpolitik einen Schulterchluss mit den führenden kapitalistischen Staaten zu versuchen. Er-



klärungen wie die Charta von Paris und Zusicherungen von westlichen Politikern, auf die Sicherheitsinteressen Russlands Rücksicht zu nehmen, schienen die Basis für eine (gleichberechtigte) Zusammenarbeit zu bilden. Auf Dauer hat das aber nicht funktioniert. Die Interessen waren trotz Kapitalismus auf beiden Seiten zu unterschiedlich.

Als Rohstofflieferant nimmt Russland im Weltkapitalismus letztlich eine periphere Position ein. Und mehr wurde Russland von der führenden kapitalistischen Macht, den USA, auch nicht zugestanden. Diese zweitrangige Position wurde von Russland aber nicht akzeptiert. Russland ist in fast allen Bereichen den USA unterlegen, dem gesamten „Westen“ sowieso. Aber bei der Atombewaffnung besteht in etwa Parität mit den USA. Deshalb sieht sich Russland als Weltmacht und beansprucht für sich ein Verhältnis auf Augenhöhe mit den USA. Es ist nicht bereit, sich deren Hegemonie unterzuordnen, wie das viele andere Länder tun, auch Deutschland, Frankreich, Japan usw.

Ein weiterer Grund für die Beanspruchung einer Großmachtrolle dürfte in der Geschichte liegen. Russland sieht sich als Erbe des Supermachtstatus der Sowjetunion.

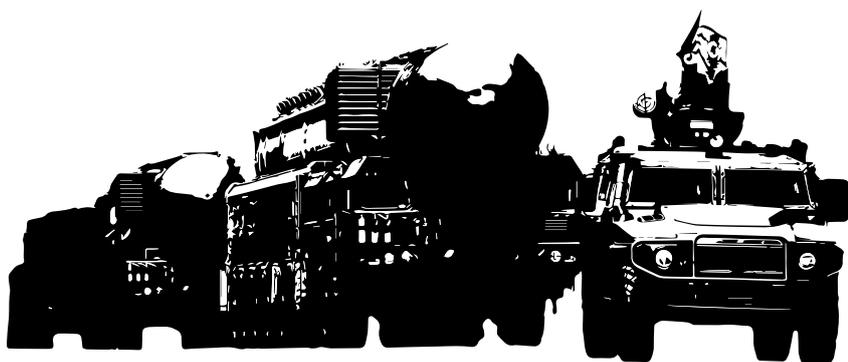
Bei der Hegemoniefrage geht es nicht allein um die Position Russlands. Aus Sicht der USA gilt es auch zu verhindern, dass andere kapitalistische Länder sich von der Vormacht USA lösen und einen deutlich unabhängigeren Kurs anstreben, eventuell in mehr oder weniger enger Kooperation mit Russland. In Frage kämen dabei etwa Deutschland und/oder Frankreich und darüber hinaus die gesamte (von den beiden Ländern angeführte) EU. Am deutlichsten sichtbar wurde diese Möglichkeit vielleicht 2002/03 vor dem Irakkrieg, der von Deutschland und

Frankreich in Übereinstimmung mit Russland nicht mitgetragen wurde. Weitere Punkte sind das Projekt Nord Stream (Vertragsunterzeichnung 2005, Planungen für Nord Stream 2 ab 2013) und das Veto gegen den sofortigen NATO-Beitritt der Ukraine 2008. Allerdings gab es in allen dafür infrage kommenden westlichen Ländern immer auch erhebliche Widerstände gegen eine stärker auf Russland ausgerichtete Politik. Eine echte Abkehr von den USA stand nie ernsthaft zur Debatte.

Trotzdem könnten solche Befürchtungen die aggressivere Vorgehensweise der USA bei allen Fragen zur NATO-Osterweiterung, zur Unterstützung von anti-russischen Bewegungen in der Ukraine (und Georgien), zur Bewaffnung dieser Länder usw. erklären. Genauso wie die enge Kooperation in solchen Fragen mit Polen und dem Baltikum.

Die Weigerung Russlands, sich in das Hegemoniesystem der USA einzuordnen, muss als der entscheidende Grund für das Wiederaufleben der Konfrontation angesehen werden. Alle anderen Faktoren sind entweder davon abgeleitet oder letztlich zweitrangig. Vermutlich würden sie nach einer Eingliederung in das Hegemoniesystem keine wesentliche Rolle mehr spielen. Das gilt auch für das ständig kritisierte Demokratiedefizit.

In der realen historischen Entwicklung brauchte die Definition des eigenen weltpolitischen Standpunkts und einer eigenständigen Außenpolitik Zeit. Nach den chaotischen Jelzin-Jahren war die allmähliche wirtschaftliche und innenpolitischen Stabilisierung Voraussetzung für die Formulierung der außenpolitischen Linie. Es ist davon auszugehen, dass dies eine längere Entwicklung war, die schrittweise und weitgehend in einem ad-hoc Prozess aus den aktuellen



Gegebenheiten und Widersprüchen heraus erfolgte. Auf Aktionen folgten Reaktionen, ausgeführt von Russland und den anderen Mächten wie den USA. Keineswegs darf dieser Prozess auf einen Plan, der schon immer von Putin verfolgt wurde, reduziert werden. Faktum ist, die Differenzen mit dem „Westen“ wurden im Laufe der Jahre immer größer. Die Ansätze zur Zusammenarbeit verkümmerten. Der „Westen“ und insbesondere die USA trugen durch ihre Aktionen erheblich zu dieser Entwicklung bei.

Die Herausbildung einer neuen nationalen russischen Ideologie

Mehr oder weniger parallel zu den oben genannten Prozessen der wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung und der Entwicklung einer eigenständigen Rolle in der Außenpolitik kristallisierten sich Elemente eines

neuen Selbstverständnisses bzw. einer neuen nationalen Ideologie heraus.

Eine solche Ideologie ist naturgemäß eine relativ vage Angelegenheit. Ihre Verbreitung und Verankerung ist nicht in allen gesellschaftlichen Gruppen gleich. Auch inhaltlich gibt es dort unterschiedliche Schwerpunkte oder verschiedene Interpretationen einzelner Elemente.

Stichwörter, die diese neue russische Ideologie umreißen können, sind etwa: Die Betonung der Eigenständigkeit und der Souveränität des Landes, die auch durch seine schiere Größe gerechtfertigt wird. Die Vorstellung von einer einzigartigen russischen Zivilisation und deren Abgrenzung von einer westeuropäischen, das bedeutet orthodox-christlich, gesellschaftlich konservativ, anti-feministisch, anti-gay, anti-dekadent, anti-liberal, eine starke und autoritäre Führung begrüßend oder zumindest hinnehmend.

Als ein Beispiel dafür kann die neue Aufmerksamkeit für den reaktionären Philosophen Iwan Iljin gelten (siehe Kasten).

Es ist offensichtlich, dass die staatlich gelenkten Medien bei der Verbreitung einer solchen Ideologie eine wesentliche Rolle spielen. Es wäre aber falsch, die Herausbildung einer nationalen Ideologie nur als Schöpfung der Medien bzw. der Führung abzutun. Vielmehr handelt es sich um die Entwicklung eines ideologischen Überbaus für die russische Gesellschaft, gemäß den gegebenen Bedingungen, materiell und gesellschaftlich. Die einschneidenden Veränderungen nach der Auflösung der Sowjetunion bedingen und erfordern die Herausbildung eines neuen Überbaus.

Die Medien bringen zwar vor allem die Positionen der gegenwärtigen Führung zum Ausdruck und sind entsprechend einseitig. Kritische Stimmen werden immer mehr unterdrückt. Deshalb ist es nicht einfach festzustellen, wie groß die Verankerung der neuen Ideologie wirklich ist. Es ist aber schon davon auszugehen, dass Nationalismus, die Betonung der Eigenständigkeit gegenüber den USA (den dekadenten Westen) und ähnliche Elemente prinzipiell erhebliche Zustimmung finden. Genauso wie entsprechende reale Taten Zustimmung finden, etwa die Annexion der Krim. Ob das für den Krieg gegen die Ukraine, zumal

Der Philosoph Iwan Iljin

Iwan Alexandrowitsch Iljin wurde 1883 in Moskau geboren. Er stammte aus einer alten aristokratischen Familie. Nach einem Jura-Studium in Moskau begann er 1909 einen zweijährigen Forschungsaufenthalt in Deutschland, Italien und Frankreich. Nach seiner Rückkehr wurde er Professor der Rechtswissenschaften. Im revolutionären Russland wurde er mehrmals verhaftet und 1922 aus der Sowjetunion verbannt. Er lebte dann bis 1938 in Berlin und danach bis zu seinem Tode 1954 in der Schweiz.

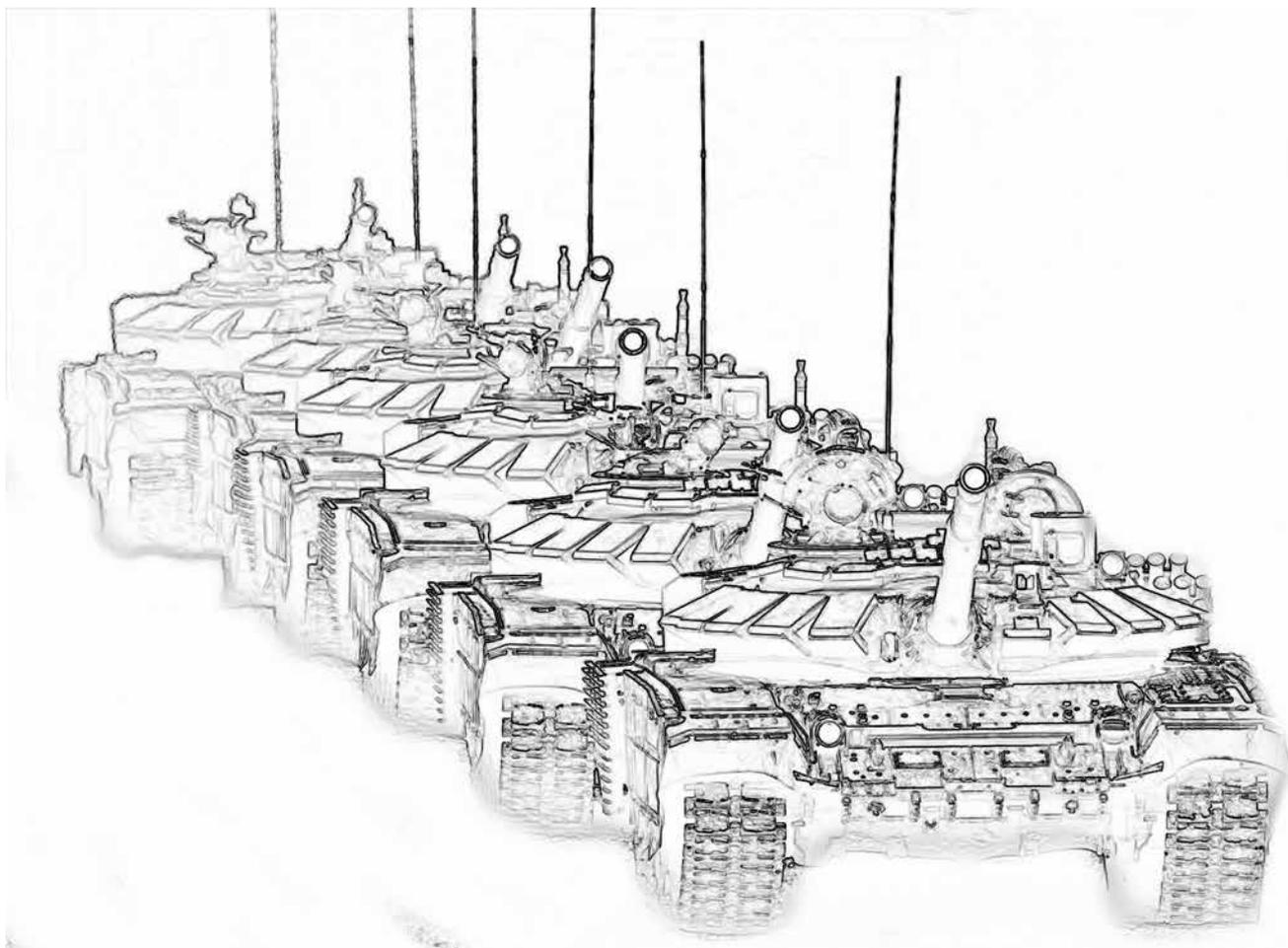
Iljin war strikt anti-bolschewistisch und ein wichtiger Ideologe der „Weißen Bewegung im Ausland“. In seiner Schrift „Über den gewaltsamen

Widerstand gegen das Böse“ forderte er beim Kampf gegen die Bolschewiki – für ihn das Böse – den Mut, „zu verhaften, zu verurteilen und zu erschießen“. 1938 entwarf er einen Vorschlag für eine postsowjetische Verfassung Russlands. Demokratie lehnte er darin ab, er sprach sich für eine autoritäre Staatsführung aus. Der Staat soll seine Legitimation aus der Religion und der Geschichte beziehen. Nicht die Konkurrenz der Parteien, sondern das allgemeine Vertrauen in die Macht soll die Basis für die Entscheidungsfindung sein.

Iljin war als Autor sehr produktiv und veröffentlichte etliche Bücher und viele Artikel und Aufsätze. 1933 begrüßte Iljin die Machtergreifung Hitlers und sah in ihm den Retter

Europas gegen die Bolschewiken. Die Beziehung zu den Nazis war aber nicht problemlos. 1934 wurde Iljin kurzzeitig verhaftet und mit einem Lehr- und Schreibverbot belegt. Das war auch ein Grund für den Umzug in die Schweiz.

Putin hat Iljin mehrmals in Reden zitiert. 2005 organisierte der Regisseur Nikita Michalkow die Überführung nach Moskau und die Beisetzung im Donskoi Kloster (zusammen mit den Überresten von Anton Denikin, einem General der Weißen). Putin war bei dieser Beisetzung persönlich anwesend. Im Jahre 2014 verteilte die russische Präsidialverwaltung ein Buch mit Aufsätzen Iljins an Gouverneure, höhere Beamte und Funktionäre der Partei „Einiges Russland“.



bei immer längerer Dauer und immer mehr Opfern, auch zutrifft, muss zur Zeit offen bleiben.

Es ist interessant, dass auch in anderen postsozialistischen Ländern, etwa Polen und Ungarn, teilweise ähnliche ideologische Versatzstücke (LGBT-freie Zonen und Ähnliches) propagiert werden.

Es passt zu dieser Ideologie, dass sich die russische Führung in die Tradition einer russischen Großmachtpolitik einreicht. Das beinhaltet auch einen positiven Bezug auf die Machtpolitik des zaristischen Russland. Der harte Bruch mit dieser Tradition nach der Oktoberrevolution wird dagegen heftig kritisiert (Ukraine als Schöpfung Lenins). Die Tatsache, dass sich die Sowjetunion im weiteren Verlauf der Geschichte in gewisser Weise wieder einer russischen Großmachtpolitik angenähert hat, wird zustimmend kommentiert. Die Auflösung der Sowjetunion wird als Katastrophe betrachtet, aber definitiv nicht wegen der Beendigung des sozialistischen Experiments. Als Katastrophe werden die machtpolitischen Folgen verstanden und vielleicht noch das Entstehen einer

russischen Diaspora in den Nachbarstaaten.

Aus jüngeren Äußerungen Putins, ausführlich dargelegt in seinem Essay (vom Juli 2021) zur Geschichte Russlands und der Ukraine, wird erkennbar, für Russlands Führung nehmen nationalistische und auch reaktionäre Vorstellungen (Betonung des orthodoxen Christentums) einen immer größer werdenden Raum ein.

Ein kurzer Blick auf die Ukraine

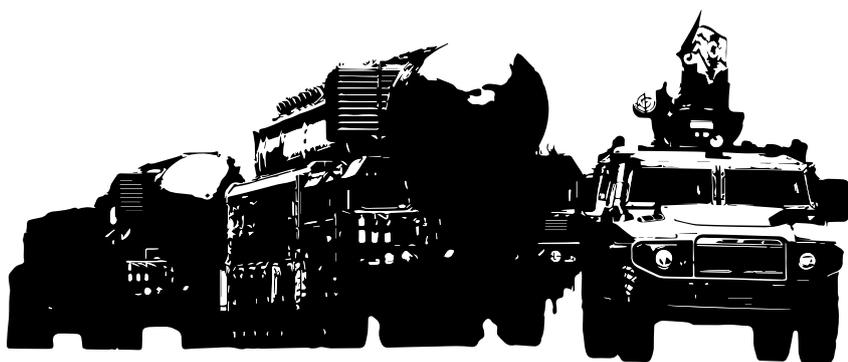
Die Entwicklung in der Ukraine nach 1990 mit allen Schwankungen und Kurswechseln inklusive den nicht geringen Einflüssen von Außen kann hier nicht nachgezeichnet werden (siehe dazu eine Veröffentlichung der *Arbeiterpolitik*: <https://arbeiterpolitik.de/2022/04/zur-geschichte-der-ukraine>).

Die Ukraine ist ein oligarchisch geprägtes kapitalistisches Land. Die im Vergleich zu Russland viel geringeren Ressourcen erlauben der Ukraine keine eigenständige Großmachtpolitik. Das war auch der Grund für die Rückgabe der Atomwaffen

im Rahmen des Budapester Memorandums (1994). Aus dem gleichen Grund war die außenpolitische Orientierung (Anlehnung an Russland, Ausrichtung nach „Westen“ bis hin zur NATO-Mitgliedschaft, Neutralität) für die Ukraine von Anfang an eine sehr wichtige und auch höchst umstrittene Frage.

Und dann gibt es noch einen zweiten wesentlichen Unterschied. Die Entwicklung verlief nicht gradlinig. Die Ukraine hat keine Person, auch keine Partei, hervorgebracht, die über lange Zeit die politischen Verhältnisse dominiert hätte. Es gab hier schon etliche Präsidentenwechsel, durch Wahlen, aber auch durch Konfrontationen der verschiedenen Lager (die sogenannte orangene Revolution (2004) und der Euro-Maidan (2014)).

Mit der putschartigen Absetzung des Präsidenten Janukowitsch hat sich eine Westorientierung durchgesetzt. Westorientierung bedeutet in diesen Fall auch eine deutlich anti-russische Politik. Getragen wird das von einem Bündnis aus verschiedenen politischen Kräften und Oligarchen. Das Bündnis schließt ausgeprägt nationalistische und eindeutig



rechte Kreise mit ein. Das Bündnis und seine Politik kann auf Rückhalt im Ausland zählen, insbesondere bei den USA.

Unstrittig gibt es einen eindeutig rechten bis faschistoiden Flügel in der Ukraine. Der rechte Flügel hat Einfluss auf Gesellschaft und Regierung. Vermutlich ist der Einfluss der Rechten größer als die Wahlergebnisse das ausweisen. Das liegt einmal an deren Aktivismus und auch daran, dass manche Rechte gelernt haben, einen zu radikalen Auftritt zu vermeiden.

Der Sturz von Janukowitsch war nicht verfassungsgemäß, aber er war keine faschistische Machtergreifung. Deshalb ist die Behauptung, in der Ukraine würde ein Nazi-System herrschen, nicht haltbar. Das ist russische Propaganda. Genauso wenig wie die (stattfindende und abzulehnende) Diskriminierung der russischen Sprache sinnvoll als Genozid bezeichnet werden kann.

Die Krieg und seine unmittelbare Vorgeschichte

Trotz der zweifellos vorhandenen aggressiven westlichen Politik wäre es falsch, Russland einen rein reaktiven Part zuzuschreiben als jemand, der nur reagiert hat, der gleichsam zum Handeln gezwungenen war, ohne wirklich eine Wahl zu haben.

Die Konfrontation hat sich über einen längeren Zeitraum stufenweise entwickelt, nicht nur im Bezug auf die Ukraine. (nur als Stichpunkte: Georgien 2008, Syrien, Libyen (Gruppe Wagner), Krim und die sogenannten Volksrepubliken 2014, mediale Aktivitäten in vielen westlichen Ländern, Unterstützung von Rechtspopulisten). Eine vorwiegend reaktive Rolle Russlands war vielleicht für die früheren Jahre zutreffend. Etwa

ab 2008 agierte Russland mehr und mehr auch aktiv und zunehmend selbstbewusst. Es konnte dabei aus Sicht seiner Führung auch erhebliche Erfolge (Syrien, Krim) erzielen, die in gewisser Weise geschickt und ohne allzu große politische Kosten erreicht wurden.

In den Monaten vor Kriegsbeginn hat Russland durch seinen Militäraufmarsch eindeutig die Dynamik des Geschehens bestimmt. Es hat sich auf die „Spezialoperation“ vorbereitet. Der Truppenaufmarsch hat offensichtlich von Anfang an den Angriff auf die Ukraine zumindest als sehr wahrscheinliche Möglichkeit beinhaltet. Die (ultimativen) Verhandlungsangebote über neue Sicherheitsverträge hatten erkennbar hauptsächlich den Zweck der Entlastungspropaganda. Putin selbst hat in seinem Essay und in Reden die Ziele benannt, die ihm wichtig sind: neben der Verhinderung einer weiteren NATO-Ausdehnung auch ein entscheidender Schritt hin zur Zusammenführung aller slawisch-orthodoxen Teile des alten zaristischen Russland.

Hier sei einmal etwas Spekulation gestattet. Anscheinend wurde die Situation (auch weltpolitisch) als günstig eingeschätzt, um schnell einen Erfolg zu erreichen. Dabei war es offensichtlich, dass das Ziel nur mit Gewalt und Krieg bei Missachtung international anerkannter Grenzen erreicht werden kann. Das wurde ganz bewusst in Kauf genommen. Eine unmittelbare und gravierende Bedrohung Russlands, die einen Präventivschlag hätte begründen können, gab es im Februar 2022 nicht.

Richtig ist auch, dass die westlichen Mächte und besonders die USA bei der Durchsetzung ihrer Interessen nicht nur einmal zur Gewalt ge-griffen und gegen das Völkerrecht verstoßen haben. Durch eine solche

Klarstellung werden zwar die doppelten Standards und die Heuchelei vieler westlicher Kommentare kenntlich gemacht, aber das Handeln Russlands wird dadurch nicht besser. Der Angriff Russlands ist ähnlich einzustufen wie der Einfall der USA in den Irak 2003. Auch Russland erfindet Rechtfertigungen für seine Propaganda. Deren Inhalte lassen sich vor allem aus dem Versuch erklären, an für das russische historische Selbstverständnis wichtige Erinnerungen (Kampf gegen Nazi-Deutschland) anzuknüpfen, aber weniger aus der tatsächlichen Lage in der Ukraine.

Um es zusammenzufassen, der Angriff ist in keiner Weise zu rechtfertigen. Es handelt sich um machtpolitisch motivierte Abenteuerpolitik auf Kosten der eigenen Bevölkerung und vor allem auf Kosten der Ukraine.

Eine ganz andere Frage ist, ob Russland durch den Krieg seine Position verbessern kann. Das ist mehr als fraglich. Die viel wahrscheinlichere Folge ist eine Schwächung Russlands und eine Festigung der Position der USA. Diese Aussage kann man inzwischen wagen, obwohl der Krieg noch andauert und deshalb ein abschließendes Urteil nicht möglich ist.

Ist Russland in der Ukraine in eine Falle getappt? Ja, vielleicht. Aber in diese Falle konnte es nur tappen, weil es sich dafür entschieden hat, einen Krieg zu beginnen.

Russlands Stellung in der Welt

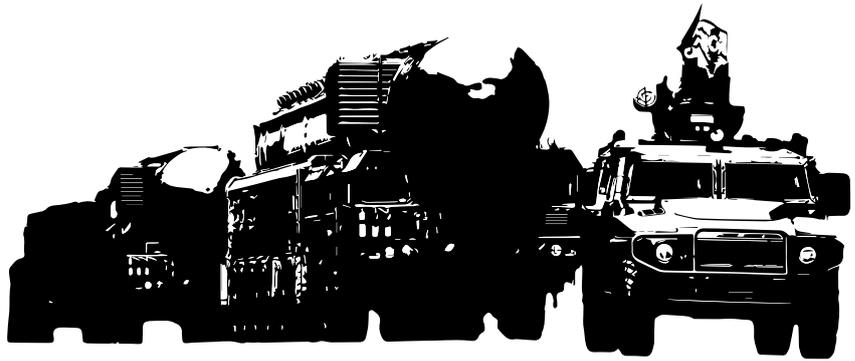
In den Medien hierzulande wird meistens behauptet, Russland sei jetzt international isoliert. Als Beleg dafür wird auf die Abstimmung in der UNO-Vollversammlung verwiesen. In der fraglichen Resolution wird die Russische Föderation als Aggressor verurteilt, zur sofortigen Einstellung der Kämpfe und zum bedingungslosen Rückzug aufgefordert. Ferner wird die Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit der Ukraine bekräftigt. 141 Länder stimmten für diese Resolution, 5 lehnten sie ab, es gab 35 Enthaltungen, 12 Länder nahmen nicht an der Abstimmung teil (darunter Armenien, Usbekistan und Turkmenistan).

Das Ergebnis wird aber insbesondere durch die Enthaltung der

beiden Schwergewichte China und Indien relativiert. Außerdem schließen sich keineswegs alle, die mit „Ja“ abgestimmt haben, dem Sanktionsregime an. Richtiger müsste man sagen, Russland ist im „Westen“, den USA und seinen engen Verbündeten, isoliert. Das ist natürlich wirtschaftlich und politisch ein bedeutender Block, aber nicht die Welt. Schon die Türkei als NATO-Staat, dann Israel, Saudi-Arabien und andere Ölproduzenten, praktisch ganz Süd-Amerika usw. sind da sehr zurückhaltend. Die Zustimmung ist nicht so gewaltig, wie es auf den ersten Blick aussieht. Und das hat seine Gründe. Es gibt für etliche Staaten Anlass, gegenüber den USA und ihrem Anhang skeptisch zu sein und die Nähe zu Russland zu suchen. Für Indien z.B. ist Russland traditionell als Lieferant von Rüstungsgütern relevant. Ein weiterer wichtiger Grund ist die Unterstützung im UNO-Sicherheitsrat, die die SU und später Russland bisher geleistet haben. Das ist besonders wichtig bezüglich Kaschmir. Ohne russische Unterstützung hätte es vielleicht schon UNO-Beschlüsse für die Durchführung einer Volksabstimmung zur Unabhängigkeit Kaschmirs oder ähnliches gegeben, was keineswegs im Sinne Indiens gewesen wäre.

Aus dem Gegensatz Russlands zum Block der USA kann sich für andere Länder, die ebenfalls im Gegensatz zu den USA stehen, eine Erweiterung des politischen Spielraums ergeben. Ein Bündnis mit bzw. eine Anlehnung an Russland ermöglicht diesen eine gewisse Absicherung ihrer Position. Allerdings funktioniert das hauptsächlich nach der Logik „der Feind meines Feindes ist mein Freund“. Russland steht dabei nicht automatisch für eine, wie auch immer definierte, progressive Richtung und schon gar nicht für Sozialismus und die Interessen der Arbeiterklassen.

Diese Feststellung ist wichtig, um jegliche Illusion in Bezug auf den Charakter der russischen Politik zu vermeiden. Welche Länder von einem erweiterten Spielraum profitieren und welche Folgen und Ergebnisse sich daraus ergeben, ist grundsätzlich offen. Es ist richtig, in der Vergangenheit wurde z. B. auch Kuba von Russland unterstützt (und es ließen sich noch weitere Beispiele nennen). Aber Russland wird letztlich seine



Kräfte dort einsetzen, wo es glaubt, dass es für seine eigenen Interessen sinnvoll ist. Das kann dann auch in Richtung rechts gehen. Das ist z. B. daraus ersichtlich, dass keine Scheu davor besteht, mit Rechtspopulisten und anderen eindeutig Rechten (etwa Le Pen, Salvini) zu kungeln.

Die Sicht von Kommunisten

Das Hauptproblem für Kommunisten und Linke in der gegenwärtigen Lage liegt in der eigenen Schwäche. Durch das Fehlen einer starken und links politisierten Arbeiterbewegung bestehen praktisch keine realen Einflussmöglichkeiten. Der Versuch, ohne eigene Stärke im Rücken auf bürgerliche Kräfte im Sinne einer weniger aggressiven, auf Frieden orientierten Politik Einfluss nehmen zu wollen, erweist sich als vertrackt und trügerisch.

Das bezieht sich nicht nur auf die Unzuverlässigkeit angeblich „friedliebender“ Kräfte wie etwa die Grünen.

Auch andere potenzielle Ansatzpunkte können sich bei genauerer Betrachtung als trügerisch erweisen, weil sie letztlich nur von Vertretern einer anderen imperialistischen Variante verfolgt werden. Die einen gewichten vielleicht, gemäß ihren Interessen, den Zugriff auf billige Rohstoffe anders und sind deshalb an einer Zusammenarbeit mit Russland interessiert. Andere wollen ein großes Bündnis gegen China schmieden (siehe die Äußerungen von Admiral Schönbach in Indien). Auch eine stärkere Eigenständigkeit der EU von den USA ist für Kommunisten nicht per se unterstützenswert. Denn Eigenständigkeit hebt den imperialistischen Charakter der europäischen Mächte nicht auf. Die Unterstützung einer solchen Politik bedarf einer genauen

Begründung, insbesondere in Hinblick darauf, was genau unterstützt wird und welche Grenzen es dabei gibt. Ein automatisches oder besser blindes „alles, was den USA schadet, ist gut“ ist keine ausreichende Orientierung.

Selbstverständlich ist es legitim und richtig, die Widersprüche der Gegenseite, des Klassegegners (auch Russland muss dazu gerechnet werden), für die Verfolgung der eigenen Interessen auszunützen. Wie gesagt, für Länder des globalen Südens kann das Vorhandensein eines Rivalen Russland den Spielraum erweitern, unter Umständen in bedeutender Weise. Für die Weltpolitik dürfte längerfristig die Auseinandersetzung zwischen den USA (plus Anhang) und China von entscheidender Bedeutung sein. Für diese Auseinandersetzung ist es zweifellos wichtig, welche Rolle Russland dabei einnehmen wird. Alles im allem kann das Spiel „der Feind meines Feindes ist mein Freund“ auch aus kommunistischer Sicht positive Effekte bringen. Insbesondere dann, wenn illusionslos und eingedenk der bestehenden Widersprüche an die Sache herangegangen wird.

Für Kommunisten bedeutet das: Wir müssen Russland realistisch, auch in all seiner Widersprüchlichkeit, darstellen. Als kapitalistisch, zumindest teilweise reaktionär, machtpolitisch agierend und dabei auch völkerrechtliche und humanitäre Grundsätze missachtend, aber auch als Widerpart gegen die USA, der nach wie vor führenden imperialistische Macht. Wir müssen uns dabei selbstverständlich von der westlichen Argumentation, sprich Propaganda, genauso fernhalten wie von der russischen. Unsere Einschätzungen und Positionen müssen jeweils völlig eigenständig begründet werden.

Deutsche Medien und deutsche Parteien in Kriegszeiten

Frau Pollatschek war etwas aufgefallen. Die Autorin Nele Pollatschek sollte eigentlich nur einen ein wenig kritischen Bericht zu einer Serie von Kriegsbegleitungs-Talkshows im deutschen Fernsehen verfassen (*Süddeutsche Zeitung*, 30. 4./1. 5. 2022, Medienteil, S. 40). Es seien „viele erschreckende Sätze“ gefallen und „keiner war erschreckender als eine Nebenbemerkung von Lars Klingbeil (...)“, den sie deshalb zitiert: „Natürlich nehme ich auch wahr, wie die Debatte in Deutschland läuft, (...), ich bin auch nicht zufrieden, wie die Berichterstattung ist, deswegen war das heute im Bundestag auch wichtig.“ Und sie schloss messerscharf: „Will heißen: Weil deutsche Meinungsmacher nicht einverstanden sind mit der Zögerlichkeit der Regierung (...) war es wichtig, dass der Bundestag am 28. April beschlossen hat, Panzer in ein Kriegsgebiet mit nuklearem Eskalationspotenzial zu liefern.“ Das irritiert die Autorin denn doch, bis viele Zeilen später aus der Erkenntnis wieder ein „Eindruck“ geworden ist und aus dem Klartext „der Verdacht, dass enormer öffentlicher Druck wohl auch ein Faktor der politischen Entscheidungsfindung ist.“

Was Frau Pollatschek zu ahnen sich kaum getraut, wird seit langem mehr und mehr zur allgemeinen Überzeugung und löst kaum mehr Reaktionen aus. Die politischen Entscheidungen fallen selten in den dafür bestimmten Gremien. Sie werden heutzutage auf den medialen Marktplätzen vorbereitet, sie werden dort von allzeit bereiten, schneidigen Experten und Politikerinnen stellvertretend für die Wahlbevölkerung besprochen und schließlich, nach erfolgter Entscheidung, vorgestellt.



Wer zusehen und zuhören will, ist herzlich zu dieser gelenkten Politikvermittlung eingeladen.

Kein Wunder, dass die Bevölkerung misstrauisch reagiert und alternative, aber ebenso autoritär gestrickte Informationsquellen und -kanäle in ihre Meinungsbildung einbezieht. Die „Lügenpresse“ ist dabei nur die Spitze des Eisberges. Die Folgen reichen weiter: bei Umfragen bewegt sich das Ansehen der Berufsgruppe Journalist am Ende der Skala zwischen Bankern und Versicherungsvertretern (Platz 28 von 32; aus der GfK Compact Untersuchung: Trust in Professions 2018).

Die deutschen Medien im Krieg

Was für das journalistische Tagesgeschäft gilt, trifft in verschärftem

Maße für den russischen Krieg gegen die Ukraine zu. Die Unmittelbarkeit der Berichterstattung steht von Beginn an im Zentrum, schließlich wollen all die Spezialformate und Sondersendungen gefüllt sein. Raketeneinschläge hier, flüchtende fassungslose Großmütter und schluchzende Kinder mit und ohne Kuscheltier dort: die visuellen Medien scheinen ihre Kameras in allen Kampfzonen aufgestellt zu haben. Zumindest für die ukrainischen Medien gilt dies und die hiesigen Sender und Printmedien verbreiten deren Material ungefiltert weiter. Verschämter Weise ab und an mit dem Hinweis versehen, dass die Berichte nicht unabhängig geprüft werden konnten. Doch wen interessiert das schon? Allein die emotionale Wucht der Bilder und Interviews sorgt für das richtige Verständnis. Ab dem ersten Tag gibt es

keinerlei Distanz zum berichteten Gegenstand, die Gesamtheit der Reporterinnen ist Partei, steht unkritisch auf der ukrainischen Seite und nimmt nicht weniger massiv Stellung gegen die russische.

Diese Parteilichkeit wird umstandslos vorausgesetzt und ist Grundlage der journalistischen Tätigkeit geworden. Davon abweichende Ansätze werden an den Rand (wie in der SZ auf die Seite 40) gedrängt. Einzelne Skeptikerinnen sind freilich willkommen, solange sie in der Minderheit sind, um den Showcharakter der Talkformate zu unterstreichen und gleichzeitig als ein Feigenblättchen gelenkter Meinungsfreiheit zu fungieren. Die geltende Interpretation der Ereignisse steht längst fest und ist unter den Kriegsbedingungen Staatsraison. Dazu trägt die Linie der

Berichterstattung in den Hauptmedien der Republik ebenso bei wie die strategische Entscheidung der politisch Verantwortlichen, von Beginn an in dieser Kriegsfrage unter allen Umständen europäische Einigkeit zu demonstrieren. Das deutsche Außenministerium umkreiste die ersten Tage wie ein Hirtenhund seine Schafe die unsicheren Kantonisten im Osten und Südosten der EU. Mitgliedsstaaten wie etwa Polen und Ungarn, deren unappetitliche Flüchtlingspolitik und autoritäres Regierungsverständnis bisher auf ernste Kritik gestoßen waren, rücken in die Rolle potenzieller Expansionsopfer der russischen Politik ein. Die taktischen Manöver der polnischen Regierung und ihre unverhohlene Absicht, den Konflikt zwischen der EU und Russland weiter zu verschärfen, werden auf dem Marktplatz der öffentlichen Meinung unwidersprochen ausgebreitet und von der hiesigen Politik mit sofortigen Solidaritätsbesuchen gewürdigt.

Ursache und Wirkung sind nicht mehr zu trennen, alle Scharfmacher finden dankbare Medien zur Verbreitung steiler und steilster Kriegsrhetorik vor. Und alle Medienmacher wissen, dass sie mit ihrer Berichterstattung und der Kommentierung durch ihre Expertenschar umgehende Reaktionen der Politik auslösen. Was ist die Einflussnahme auf politische Entscheidungsfindung anderes?

Innerhalb von Tagen wird die bisherige Russlandpolitik abgeräumt. Wer sich nicht von seiner als falsch oder naiv diffamierten Sichtweise auf die Wirtschaftsbeziehungen zum großen Nachbarn im Osten distanziert, dessen Posten steht schnell zur Debatte. Es gäbe wahrlich gute Gründe, Gerhard Schröder aus der SPD zu werfen oder Steinmeier aus seinem Amt, doch erst deren Beziehungen zu Russland werden beiden gefährlich. Deshalb versucht der eine, am Ende ohne Erfolg, unter dem Radar zu bleiben, der andere distanziert sich laufend von sich selbst. Dass er trotzdem, im ersten Anlauf, vom beliebten gewordenen Kriegstourismus nach Kiew ausgeschlossen wurde, konnte die deutsche Führung nicht gänzlich irritationsfrei durchgehen lassen. An dem Punkt hat auch die deutsche Öffentlichkeit spürbar aufgemuckt. Diesen Affront muss sich Deutschland, das bekanntlich immer nur hilft und

unterstützt, nicht bieten lassen. Auch ein Kriegspräsident, jederzeit erkennbar an seinem militärnahen Outfit, darf nicht undankbar sein und sein inzwischen nicht mehr so gern geduldeter, irrlichternder Botschafter sollte wissen, was sich diplomatisch ziemt. Inzwischen wurden die Irritationen unter Freunden ausgeräumt und die ukrainische Seite faxt ihre Waffenlisten wieder durch. Die beständig höher werdenden Forderungen und ihre praktische Umsetzung machen das westliche Bündnis sukzessive zur Kriegspartei.

- ▶ Nordstream 2 wurde Tage vor Kriegsbeginn endgültig gestoppt, übrigens von Joe Biden in einer Pressekonferenz mit Scholz. Der Kanzler stand dümmlich grinsend dabei und verlor kein einziges Wort.
- ▶ Boykott- und Sanktionsmaßnahmen gelten seither, inzwischen wird das sechste Paket beschlossen. Praktisch im Wochentakt versucht man Russland zu treffen und vom internationalen Warenverkehr auszuschließen. Die Absichten gehen dabei weit über kriegsbezogene Strafverfügungen hinaus, die gegenwärtigen Äußerungen wollen Russland aus allen internationalen Verknüpfungen lösen und zum Schurkenstaat machen.
- ▶ Die Lügenezählung, dass deutsche Waffen nicht in Kriegs- oder Konfliktgebiete geliefert werden, wird abgeräumt. Nach kurzer Schamfrist, die mit albernem Helmen und Material aus DDR-Beständen überbrückt wurde, kommen jetzt die richtigen Waffen auf die Agenda. Mit Dreiecksgeschäften und ähnlich transparenten Verfahren, in die Milliarden von Euro versenkt werden, üben „wir“ „unsere“ Solidarität mit einem Staat, der inzwischen, ohne weitere Einwände und Proteste, veredelt wurde zum Verteidiger „unsere“ Werte und Freiheitsrechte gegen Willkür und Diktatur.
- ▶ Und zu den neuen Waffen gehört auch neues Bedienungspersonal. Selbstverständlich wird ukrainisches Militär am Gerät im Westen geschult, auch in der BRD. Einwände wie der des wissenschaftlichen Dienstes im Bundestag, wonach dieser Schritt als aktiver

Kriegseintritt gesehen werden kann, ploppen kurz auf, um dann im Hagel der Gegenmeinungen unterzugehen.

- ▶ Begleitend stellen die NATO-Verbündeten der ukrainischen Seite ihre Überwachungsdaten zur Verfügung, so werden russische Militärs und Kriegsgerät bis hin zu Fregatten ausgeschaltet.
- ▶ Das Vernichtungspotenzial, das sich in der Ukraine anhäuft, nährt inzwischen im Westen die Erwartung, dass dieser Krieg gewonnen werden kann. Nichts anderes steht hinter der inzwischen zum Allgemeinut gewordenen Floskel, wonach der Ukraine kein Frieden diktiert werden darf.
- ▶ Der Kanzler selbst verkündet seinem Parlament, dass die Bundeswehr mit einem Sondervermögen von 100 Milliarden Euro, neben der Steigerung des Militäretats auf 2 % oder, – darf's ein wenig mehr sein? – 3 % des BIP hochgerüstet wird. Seither mussten immer wieder Befürchtungen zerstreut werden, dass diese gewaltige Kreditaufnahme nicht in vollem Umfang der Bundeswehr und ihrem Tötungsmaterial zugutekommen könnte. Die Regierung gibt Entwarnung, aufgerechnet wird nicht. Das Karussell der Subventionierung westlicher Rüstungskonzerne nimmt flotte Fahrt auf, zumal die „Verteidigung unserer Freiheit“ nach wie vor nicht auf Europa beschränkt bleibt. Die nächsten Militäreinsätze in Afrika südlich der Sahara sind bereits gebucht. Deshalb wird auch die Forderung nach einer Erhöhung der Personalstärke nicht lange auf sich warten lassen.
- ▶ Die NATO hat weitere 1300 Kilometer Grenze zu Russland mit dem Beitritt Finnlands dazugewonnen. Mal sehen, ob bald atomare Bewaffnung den Norden Europas bereichert, Aufrüstungsankündigungen schließen diese Region ein. Deshalb kann und soll auch Schweden mitmachen, gute Zahler und Auftraggeber für Militärgüter sind immer willkommen.

Folgerungen

Es wäre unrealistisch gewesen, auf den Journalismus der Massen-

medien als kritisches Korrektiv einer Kriegstreiberpolitik zu hoffen. Dafür sind die Damen und Herren des Gewerbes nicht beschäftigt, weder von privaten noch von öffentlich-rechtlichen Arbeitgebern. Dass sich deren Begleiter- und Unterstützer- zur Einpeitscherrolle gewandelt hat, davon musste man ausgehen. Bestürzend ist vielmehr, dass die „Zeitenwende“ als Rolle rückwärts bisher so klaglos akzeptiert wird. Eine vernehmbare öffentliche Ablehnung der Pläne und Zumutungen bleibt bislang aus, auch wenn sich Zustimmung und Gegnerschaft zur Lieferung sogenannter schwerer Waffen bei Umfragen die Waage halten.

Die Medienwelt bedient sich für ihre Propaganda einfacher, aber offenbar höchst wirksamer Mittel. Die Berichterstattung über das Regierungssystem Putin verschmilzt mit Versatzstücken der Darstellung der Sowjetunion, die alt, aber immer noch in Gebrauch sind. Ziel ist, ein Russlandbild zu zeigen, das ewig feindlich und aggressiv erscheint. So verzichtet kein Qualitätsmedium darauf, Putin mit Stalinaccessoires und vielen Sowjetsternen zu garnieren, am besten mit viel Rot und Schwarz, damit die Gefährlichkeit auch dem letzten Zögerer so richtig deutlich wird. Keine Phase seines Werdeganges wird ähnlich ausdauernd betont wie seine Tätigkeit für den KGB vor bald 40 Jahren.

Ausgerechnet das Land, von dem zwei Kriegserklärungen und anschließende Eroberungszüge mit Vernichtungsqualität gegen Russland und die UdSSR ausgingen, betrachtet sich als getäushtes Opfer einer verbrecherischen Politik.

Und ausgerechnet das Land, das seit über 40 Jahren von der Vertragstreue sowjetischer und russischer Lieferanten profitiert wie kein anderes, phantasiert sich in eine Rohstoffabhängigkeit, die ihm wohl irgendwie aufgezwungen wurde.

Der Uminterpretation der jüngeren Vergangenheit scheinen keine Grenzen mehr gesetzt, die Zeitenwende geht einher mit einer massenhaften Amnesie, was die letzten Jahrzehnte betrifft, und dem festen Willen, keinen Gedanken über die Folgen des eigenen Tuns zuzulassen. Innerhalb von Tagen sei die Abhängigkeit bei Öl und Gas entscheidend reduziert worden, so dass man das

mit ihrem wenigen Geld umso spitzer kalkulieren müssen. Und leiden werden international alle, die mit der Kostenexplosion auf breiter Front nicht mehr mithalten können. Der Hunger und die Hoffnungslosigkeit mit Ansage werden die Folgejahre prägen. Falls, ja, falls eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen Atommächten vermieden wird. Das scheinbar Undenkbare ist wieder in die militärischen Planspiele eingerückt und sickert allmählich in das öffentliche Bewusstsein ein. Bunker sind wieder ein Thema, ebenso die Einlagerung von lebensnotwendigen Dingen. Die Berichte darüber kommen in allen Medienformaten mit einer Selbstverständlichkeit daher, als würde man über eine Art Campingurlaub auf Vollkaskobasis reden und nicht über das Ende der bekannten Welt. Man dokumentiert damit, in der neuen Realität angekommen zu sein und sich den Herausforderungen der Konfrontation zu stellen, egal zu welchem Preis.

Die Parteien im Krieg

Das Wort des letzten deutschen Kaisers, er kenne im Angesicht des Krieges keine Parteien mehr, er kenne nur noch Deutsche, erfüllt sich gegenwärtig nochmals auf widerwärtige Weise.

In der Kriegsfrage sind sich Regierungskoalition und die Parteien der Union sowas von einig, dass nur mehr über Stil- und Organisationsaspekte gestritten wird. Äußerungen zum Thema Ukraine und Krieg sind keiner bestimmten Partei mehr zuzuordnen. Was heute ein Sozialdemokrat beizutragen hat, kann zuvor ein CDUler gesagt haben, der es gestern von einer Grünen abgeschrieben hat. Und die Generalissima der FDP, Frau Strack-Zimmermann, setzt dann noch eins drauf.

Die mangelnde Trennschärfe verkaufen die Parteien gerade bei diesem Thema als Erfolg und sind durchgehend stolz darauf. Diese Entwicklung



schwere Geschütz Boykott auffahren könne, heißt es aus dem Wirtschaftsministerium.

Halt, ein wenig einsparen sollte man auch. D. h. eine geringere fossile Brennstoffmenge wird man zu exorbitant gestiegenen Preisen einkaufen müssen. Das sei der „Wunsch“ des Ministers.

Die heiße Luft aus diesen Verlautbarungen und der Wind, der darum gemacht wird, sind energetisch leider schwer zu nutzen. Im Ernst, die BRD wird ihren Rohstoffbedarf weiter ohne gefährdende Einschränkungen decken, weil jeder Liter und jeder Kubikmeter über den Preis reguliert wird. Leiden werden diejenigen, die



ist seit Jahren im Gange und hat wesentlich damit zu tun, dass die GRÜNEN vollständig in das Regierungskartell integriert sind. Alle können mit allen, weil sie von allen gewählt werden wollen. Der politische Erfolg einer Kandidatin ist kaum mehr an eine bestimmte Partei geknüpft. Programme sind out, sie liest kaum jemand und es lohnt wegen der marginalen Unterschiede auch nicht. Der oder die Kandidierende muss „überzeugen“, was bedeutet, anschlussfähig für alle Vorstellungen der Mitte zu sein. Besser ist es, sich parteiübergreifend zu geben. Außer, und dies ist die Ausnahme der Gegenwart, man hat ein grünes Parteibuch. Das Bekenntnis dazu schmälert die Erfolgsaussichten nicht, denn diese Partei ist die modernste im gegenwärtigen Angebot. Sie hat eine Vergangenheit, die ihr den Nimbus der Basisbezogenheit und einer erfrischenden Ehrlichkeit geschenkt hat. Völlig unerheblich ist, ob dies auch zutrifft. Das Branding entscheidet, nicht der langweilige Faktencheck. Umwelt und irgendwie Menschenrechte waren deren Themen, als dies die Medien und die anderen Parteien noch wenig aufgriffen. Kompetenzumfragen, welche Partei was am besten kann, belegen diesen

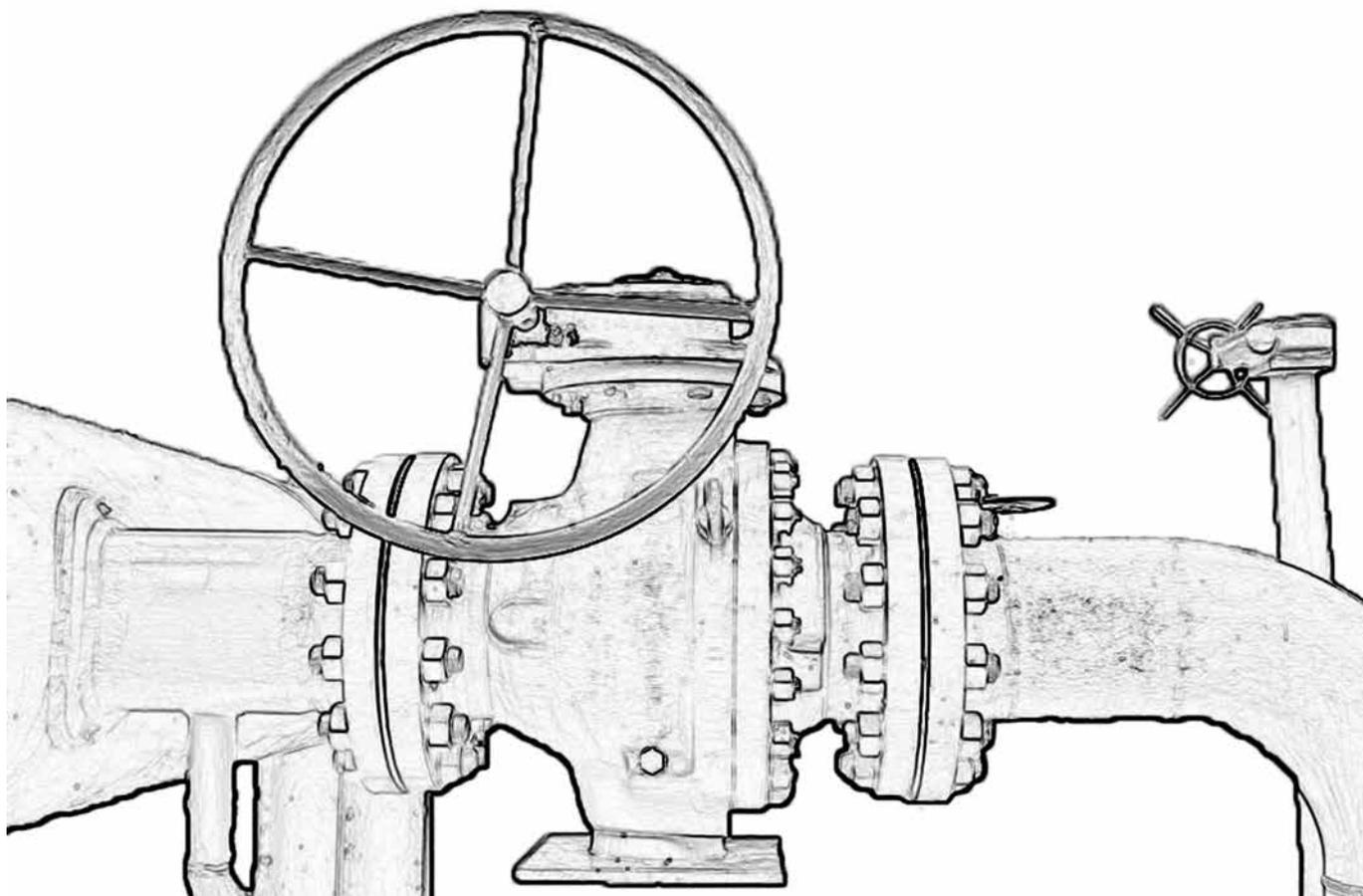
Markenkern auf's Trefflichste. Sollte übrigens der Drang, in eine Regierung einzutreten, einige Standpunkte obsolet werden lassen, gibt es dafür ein probates Mittel unter Freundinnen und Freunden: man macht das Gegenteil, aber halt mit Bedenken, die jedes Mal ein wenig leichter wiegen. Die Friedensfreunde steigen mit Engagement und als Wahrer der Menschenrechte in den Kosovokrieg ein, zuerst ein schwieriges Unterfangen, das sich aber als das Ticket zur allgemeinen Koalitionstauglichkeit auf jeder Ebene erweist. Jede weitere Kriegszustimmung geht schon etwas leichter und inzwischen wähnt man sich an der Spitze der Bewegung. Hat die Union noch etwas Altbackenes an sich, weil sie eine ellenlange militaristische Vergangenheit mit sich schleppt, während die SPD dank ihrer Netzwerke und Kungeleien erst einmal das Beziehungs- und Wirtschaftsgeflecht mit Russland aufräumen muss, können die GRÜNEN frisch und frei agieren und deshalb „glaubwürdig“ bleiben. Statt der bräsigen Deutschtümelei bevorzugt man die Berufung auf „Europa“, das bei Bedarf nochmal ein Stück nach Osten gerückt werden kann. Aus Europa hinausdefiniert wird von den

Menschenrechtsbewegten Russland. Nicht die Geografie oder die Mitgliedschaft in der Europäischen Union zählen, sondern die Gemeinsamkeit der Werte, die es solidarisch zu verteidigen gelte. So geht Moderne.

Deshalb sind die unablässigen Forderungen aus der grünen Partei nach Panzerlieferungen für die Ukraine einfach Teil eines neuen Markenkerns. Und deshalb unterscheiden sich die sogenannten Flügel der Partei in dieser Frage keineswegs. Baerbock und Hofreiter trennen keine unterschiedlichen Positionen, sie trennt allerhöchstens die Länge ihres Haupthaars.

Sie signalisieren Geschlossenheit und Entschlossenheit. Wie die letzten Landtagswahlen zeigen, bringt das bei einer verunsicherten und immer ratloseren Wählerschaft den Erfolg. Der Kanzler kündigt eine Zeitenwende an, die GRÜNEN setzen sie gegenwärtig um. Der Mix aus Empathie und Diversität, aus der Illusion von Basisnähe und einem aggressiven Werteverständnis, das im Europa-Nationalismus wurzelt, ist das Erfolgsmodell unserer Jahre. Der Preis, der dafür von uns zu zahlen sein wird, ist nach oben offen.

Die Sanktionen gegen Russland und andere ökonomische Folgen des Krieges



Die gegen die Russische Föderation verhängten Sanktionen sind vermutlich die schärfsten, die bisher gegen ein Land ausgesprochen wurden. Die Listen mit den einzelnen Maßnahmen sind sehr lang. Die Sanktionen wurden schon mehrfach erweitert und werden sich wahrscheinlich auch in der Zukunft noch verändern. Im Detail unterscheiden sich die Maßnahmen auch von Land zu Land. Im Einzelnen sind die Maßnahmen z.B. bei Wikipedia, detailliert nachzulesen.

- Die wichtigsten Sanktionen sind:
- ▶ Ausschluss vieler, aber nicht aller, russischen Banken aus dem internationalen Zahlungsverkehr SWIFT.
 - ▶ Blockade der russischen Devisenreserven, soweit sie auf Konten der amerikanischen FED liegen.
 - ▶ Verbot aller Geschäfte mit der russischen Zentralbank.

- ▶ Exportverbot für viele Produkte der Hochtechnologie.
- ▶ Blockierung von Geldern und Vermögen im Besitz von russischen Personen (Oligarchen, aber auch Politikern etc.), soweit die Besitztümer in westlichen Ländern liegen.
- ▶ Flugverbote für russische Flugzeuge über westliche Länder.
- ▶ Verbot des Imports von russischer Kohle.
- ▶ Teilboykott von russischem Erdöl und Erdölprodukten.

Die Beurteilung der Wirksamkeit von Wirtschaftssanktionen ist schwierig. Eine umfassende Aussage über alle realistischerweise zu erwartenden direkten und indirekten Folgen ist kaum möglich. Es kommt darauf an, wer sich genau an den Sanktionen beteiligt, wie konsequent sie in der Praxis umgesetzt werden, wie flexibel die Sanktionierten reagieren können usw.. Viele Umstände

und Details können dabei eine Rolle spielen. Es hat sich aber in der Vergangenheit immer wieder gezeigt, der Wirksamkeit von Sanktionen sind Grenzen gesetzt. Sie fügen den Sanktionierten normalerweise zwar erheblichen Schaden zu, können sie meistens aber nicht in die Knie zwingen. Das liegt vor allem in der Natur von wirtschaftlichen Sanktionen selbst.

Sanktionen haben für dem, der sie verhängt den Nachteil, dass sie fast immer zweischneidig sind. Sie schaden auch der eigenen Ökonomie. Wer bestimmte Waren wie etwa Öl oder Gas nicht mehr bei seinem bisherigen Lieferanten kauft, muss sich Ersatz beschaffen, was typischerweise mit höheren Kosten verbunden ist. Ein Exportverbot für Hochtechnologie schadet logischerweise den Produzenten und Exporteuren dieser Produkte.

Außerdem gibt es fast immer Möglichkeiten, Sanktionen zu umge-

hen. Solche Umgehungsmaßnahmen sind zwar meistens umständlich und teuer, heben also den Schaden nicht gänzlich auf, relativieren ihn aber. Es ist nur selten möglich, ein Land von Produkten, die es wirklich braucht, vollkommen abzuschneiden.

Und dann ist alles eine Frage der Zeit. Es braucht Zeit, bis Sanktionen wirklich wirksam werden. Es braucht auch Zeit, bis Umgehungsmaßnahmen greifen, insbesondere bis langfristige Lösungen, etwa der Aufbau eigener Produktionskapazitäten, umgesetzt sind. Bei einem Sanktionsregime ist deshalb damit zu rechnen, dass der auftretende Schaden im Laufe der Zeit sich verändern kann in beide Richtungen, nach größer oder kleiner, und solche Veränderungen können mehrmals eintreten.

Im aktuellen Fall kommt noch dazu, dass Russland, das schon seit 2014 Sanktionen ausgesetzt ist, eine Verschärfung erwartet hat. Dementsprechend hat es versucht sich darauf vorzubereiten. Mit welchem Erfolg, das wird sich zeigen.

Soweit man das bisher absehen kann, ist für Russland aufgrund der Sanktionen ein Rückgang der Wirtschaftsleistung zu erwarten, Russland steht vermutlich vor einer Rezession, die Arbeitslosigkeit wird ansteigen. Etliche Produkte dürften knapp werden, während gleichzeitig mit erheblichen Preissteigerungen zu rechnen ist. Von der russischen Zentralbank gibt es eine Schätzung, die einen Anstieg der Inflationsrate auf 20% bis Ende 2022 für möglich hält. Die Bevölkerung wird also den Gürtel enger schnallen müssen. Der Rubelkurs konnte aber nach einem kurzen, starken Einbruch durch Maßnahmen der Zentralbank (Zinserhöhungen, Kapitalverkehrskontrollen, Goldverkauf) wieder mehr oder weniger stabilisiert werden.

Es gibt kaum Informationen darüber, ob auch die militärischen Aktivitäten von den Sanktionen beeinträchtigt werden könnten. Zumindest kurz- und mittelfristig ist das eher unwahrscheinlich. Denn das Militär gehört normalerweise zu den Bereichen, die mit Priorität gegen Sanktionen abgeschottet werden.

Mit zu den schärfsten Maßnahmen zählt das Einfrieren der Dollarguthaben der russischen Zentralbank bei der amerikanischen FED. Die erheb-

lichen russischen Währungsreserven, es ist von ca. 300 Milliarden Dollar die Rede, sind damit blockiert. Auch wenn diese Sanktionen von den hiesigen Medien als besonders wirksam und insbesondere als für die russische Führung überraschend gelobt werden, sind sie nicht ohne politisches Risiko. Denn viele Länder werden zur Kenntnis nehmen, dass praktisch durch einen Federstrich Devisenreserven, die ohne Zweifel rechtmäßig Eigentum der entsprechenden Zentralbank sind, blockiert und eventuell auch konfisziert werden können. Das wird sicher viele zum Nachdenken darüber anregen, ob es nicht Alternativen zum Halten der Devisenreserven in Dollar gibt. Kurzfristig sind diesbezüglich zwar keine Auswirkungen zu erwarten, langfristig könnte die Funktion des Dollar als Reservewährung ausgehöhlt werden.

Bei der für Russland typischen Rolle als bedeutender Energie- und Rohstoffexporteur sind die Druckmittel von Sanktionen nicht allzu groß. Denn es ist offensichtlich, die Preissteigerungen für Energieprodukte auf den Weltmärkten schaden den Käufern im Westen, wenn auch nicht den Ölkonzernen, aber sie schaden nicht den Produzenten des Öls und damit auch nicht Russland. Solange noch eine erhebliche Nachfrage nach fossilen Energieprodukten besteht, wird Russland Öl, Gas und Kohle verkaufen können. Nicht immer ohne Friktionen, z. B. weil geeignete Transportmöglichkeiten knapp sind, aber es wird sie letztlich verkaufen können.

Kurz zusammengefasst: Russland wird unter den Sanktionen leiden, aber es wird nicht daran zerbrechen. Auch die Kollateralschäden für die westliche Wirtschaft werden beträchtlich sein, allerdings betreffen die Kollateralschäden eine deutlich breitere und stärkere Ökonomie.

Schaut man sich die Einbindung Russlands in die Weltwirtschaft an, sieht man, von wirklich großer Bedeutung sind nur einige wenige Produktgruppen. Einmal die fossilen Energieträger als die mit Abstand wichtigsten, daneben noch andere Rohstoffe, Weizen, Düngemittel und Rüstungsgüter.

Bei Rüstungsgütern gibt es einen speziellen, politischen Markt, der hier nicht weiter betrachtet werden soll.

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-
Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 215 Frühjahr 2022, 36 S.

- Der Krieg gegen die Ukraine
- Zeitenwende ohne Widerstand?
- Der NATO-Prolog des Ukraine-Krieges
- Die Seuche und die Reichen
- Klassenanalyse: eine Aktualisierung – Teil II
- Neue Klassen in der spätmodernen Gesellschaft?
- Klassismus, ein neuer Begriff im linken Milieu
- Chile nach den Wahlen – Ein linker Erfolg?

Nr. 214 Winter 2021/2022, 32 S.

- Bundestagswahl und Außen- und Sicherheitspolitik
- Klassenanalyse: eine Aktualisierung
- Die Linke – ein Absturz mit Ansage
- Stärkste Kraft im Osten: AfD
- Brief aus Großbritannien
- Kuba im Juli 2021 – Frust oder Konterrevolution?
- Rezension: Die Rente
- „GDL und Bahnstreik“

Nr. 213 Herbst 2021, 28 S.

- Der Westen gibt in Afghanistan auf
- Afghanistan: eine erste Bilanz
- Wie der Kommunismus nach China kam – Teil VI und Abschluss
- Der Kern des Bahn-Streits
- Nachruf auf Esther Bejarano
- **Rezension:** Eva kam aus Afrika...

Nr. 212 Sommer 2021, 36 S.

- Die deutsche Marine auf großer Fahrt gegen China 2.0
- Preis der Staatsinterventionismus
- Die Linke wählen?!
- IG Metall-Abschluss 2021
- Die Spur des Faschismus im Arbeitsrecht
- Die schier unglaubliche Geschichte des Dr. Ludwig Weißbauer
- Zur Wahl der Verfassungsgebenden Versammlung in Chile

Bestellungen bitte an:

Arbeiterstimme

Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

Bei den anderen Produktbereichen handelt es sich vor allem um homogene Güter, die international zu Weltmarktpreisen gehandelt werden. Und auf den Weltmärkten waren bei Beginn des Krieges sofort Auswirkungen zu erkennen, es gab heftige Preissteigerungen. Denn Weltmarktpreise reagieren auch auf Verdacht. Sie steigen bereits, wenn eine Knappheit bei einem Produkt nur zu befürchten ist. Die Knappheit muss noch keineswegs real eingetreten sein. Parallel dazu steigen dann auch die Verbraucherpreise. Und das tendenziell weltweit.

Dieser Mechanismus soll am Beispiel Weizen etwas näher dargestellt werden. Die Ukraine ist bekanntlich ein bedeutender Weizenexporteur. Derzeit kann sie aber wegen der Blockade der Häfen ihren vorhandenen Weizen kaum exportieren. Das hat die Preise in die Höhe getrieben.

Ein noch größerer Lieferant von Weizen ist Russland. Laut einer Meldung der Agentur Interfax (15. März 2022) hat die russische Regierung angekündigt, bis Ende Juni den Export von Weizen einzuschränken, um die eigene Versorgungsbasis zu sichern. Die Reaktion auf diesen Bericht waren weitere Preissteigerungen auf allen internationalen Handelsplätzen. Dazu kommen die Unsicherheiten bezüglich der nächsten Ernte. Wo kann in der Ukraine ausgesät werden, wie viele Arbeitskräfte sind beim Militär, etc.?

Indien ist ein großer Produzent von Weizen, verbraucht aber den größten Teil der Ernte im eigenen Land. Exportiert werden normalerweise nur vergleichsweise geringe Mengen (2020 etwa 1,8 % der weltweiten Exporte). Wegen der hohen Weltmarktpreise bestand aber die Befürchtung, dass zukünftig wesentlich größere Mengen in den jetzt sehr lukrativen Export fließen könnten und damit die eigene Versorgung nicht mehr sichergestellt ist. Außerdem sind auch die inländischen Preise sofort angestiegen. Deshalb hat Indien zuerst einmal ein Exportverbot für Weizen erlassen. Damit sollte das inländische Angebot an Weizen stabilisiert und damit der Anstieg der inländischen Preise begrenzt werden. Auf dem Weltmarkt ließ der indische Exportstopp die Preise gleich nochmal ansteigen.

Das Beispiel Indien macht deutlich, dass die Begründung Russlands für sein befristetes Exportverbot auch eine gewisse Berechtigung haben könnte, auch wenn die hiesigen Medien einen Plan Putins unterstellen.

Die hohen Weltmarktpreise machen sich auch bei uns bemerkbar. Weizen und als Folge davon Mehl, Brot usw. verteuern sich. Dabei ist die EU bei Weizen mehr als Selbstversorger und konkurriert mit Russland um den Platz des weltweit größten Weizenexporteurs. Die Marktlogik bringt es mit sich, dass alle, die vor den jeweiligen Preissprüngen im Besitz von Weizen oder Mehl waren, einen entsprechenden Extragewinn einstreichen können.

Noch viel härter trifft es natürlich die armen Länder, die Weizen importieren müssen, weil sie dazu keine realistische Alternative haben. Wegen ihrer Armut können sie sich die gestiegenen Preise praktisch nicht mehr leisten. Eine Zunahme des Hungers kann deshalb eine wahrscheinliche Fernwirkung des Ukraine-Krieges sein.

Die Summen, die für den Import von Energieträgern ausgegeben werden, sind noch viel größer. Rein ökonomisch gesehen ist Energie bedeutender als Weizen. Russland kooperiert seit 2017 zusammen mit Kasachstan, Mexiko und Oman mit der OPEC. Der erweiterte Kreis wird OPEC+ genannt. Zuletzt konnte 2020 (während der Corona-Flaute und der dadurch bedingten schwachen Nachfrage) der Ölpreis durch Produktionskürzungen stabilisiert werden. Dies war hauptsächlich deswegen möglich, weil sich Russland und Saudi-Arabien, die beiden größten Öl-Exporteure, auf ein gemeinsames Vorgehen geeinigt haben. Das hat nicht auf Anhieb geklappt, sondern erst nach einigem Hin und Her, das von einem Preisverfall begleitet war. Ein abgestimmtes Vorgehen von Russland und Saudi-Arabien ist damit ein kritischer Punkt für den Erdölpreis. Die OPEC+ hat auch nach Kriegsbeginn die Ölförderung (noch) nicht erhöht, die Preise sind vielmehr wegen der kriegsbedingten Verunsicherung noch weiter gestiegen. Allerdings versuchen die USA die arabischen Ölproduzenten für eine Produktionssteigerung zu gewinnen, der Ausgang ist noch offen.

Die jetzige Marktlage bei Energieträgern eröffnet Möglichkeiten für Extraprofite. Beim Erdöl und Erdgas ist zu unterscheiden zwischen den Preisen für Lieferungen gemäß langfristigen Verträgen (deren Preise während der Laufzeit dieser Verträge fest sind) und dem Spot-Markt, der starken Schwankungen ausgesetzt sein kann und aktuell sehr hohe Preise aufweist. Langfristige Verträge mit günstigen Preisen bzw. der Zugriff auf Ölförderung in eigener Regie sind die Hauptquelle für die stark angestiegenen Profite der Ölkonzerne. Es ist meistens nicht transparent, wie einzelne Firmen, auf Basis welcher Verträge und Preise, sich ihre Ware beschaffen können. Die Verkaufspreise orientieren sich aber im Allgemeinen an den gestiegenen Spot-Preisen. Potenzielle Konkurrenten sind dagegen machtlos, denn sie könnten sich zusätzliche Ware nur auf den teuren Spot-Märkten beschaffen.

Ein weiterer Faktor bei den Preisturbulenzen sind die auf den Rohstoffmärkten häufigen Spekulationsgeschäfte. Ein eklatantes Beispiel war der Preis für Nickel. Dieser ist kurz nach Kriegsbeginn sehr stark angestiegen, um sich dann nach wenigen Tagen wieder einigermaßen zu normalisieren, wenn auch auf höherem Niveau. Dies war nach übereinstimmender Einschätzung in einer (fehlgeschlagenen) Spekulation begründet.

Bei der Einschätzung der ökonomischen Kriegsfolgen ist zu beachten, dass die kriegsbedingten heftigen Preissteigerungen auf eine kapitalistische Weltwirtschaft treffen, die schon vor Kriegsbeginn stärkere Inflationstendenzen zeigte. Damit scheint eine längere Zeitspanne zu Ende zu gehen, die von vergleichsweise niedrigen Preissteigerungsraten gekennzeichnet war. Zumindest war das beim Kern der Industrieländer so. In eher peripheren Ländern war die Situation zum Teil deutlich anders, dort gab es durchaus heftige Inflationsraten. Insbesondere der Anstieg der Energiekosten ist dabei von erheblicher Bedeutung, denn die Kosten für Energie beeinflussen direkt und indirekt sehr viele Preise. Zwangsläufig hat das erhebliche soziale Folgen, denn hohe Inflationsraten sind ein direkter Angriff auf die Reallöhne.

Der Zustand der Partei Die Linke – auch in ihrer Geschichte angelegt



Postkarte der WASG zum Wahlkampf 2005

Der aktuelle Zustand der Partei Die Linke könnte besser sein, aber dann wäre dieser Text nicht nötig bzw. kürzer. Sich Gedanken über den Zustand der Linken zu machen, wird bei vielen befördert durch das Wahlergebnis der Partei bei der Bundestagswahl 2021 und den Ergebnissen bei den folgenden Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen (NRW), dem bevölkerungsreichsten Bundesland, aber auch mit den Vorwürfen über „Sexismus“ und „Machismo“ in der Partei, die u. a. in den vom Spiegel kolportierten Äußerungen aus dem Jugendverband Solid, die Partei Die Linke müsse zerstört werden, kulminieren, und nicht zuletzt mit dem Rücktritt von Henning-Welzow, einer der beiden Parteivorsitzenden. Das alles mögen auch Gründe bzw. Anlässe für die Krise der Partei sein, meiner Ansicht nach liegen aber die Gründe bereits in der Gründung der Partei und ihrer Vorgänger. Insofern greifen die kritischen Anmerkungen und Analysen z. B. von Ekkehard Lieberam in der *jungen Welt* vom 22. 11. 2021, nachgedruckt auch in der Zeitschrift *Arbeiterpolitik*, Nr. 1, 2 - Februar 2022, S.4–7, zu kurz.

Eine Reaktion auf die neoliberale Wende

Die Partei Die Linke ging 2007 aus einer Vereinigung der Parteien WASG

(Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit) und Linkspartei. PDS hervor. Die Linke war nie eine Partei, die dem Marxismus anhing. Historisch ist sie vergleichbar mit der USPD. Werden die Bundestagswahlergebnisse seit 2005 betrachtet 4,9 % (2021); 8,6 % (2013); 11,9

(2009) 8,7 (2005)), kann die Linke als parlamentarisch erfolgreich betrachtet werden, auch wenn 2021 der Wiedereinzug in den Bundestag in Fraktionsstärke drei Mandaten von Direktkandidaten zu verdanken ist¹.

2004 wurde die Initiative, der Verein „Arbeit & soziale Gerechtigkeit („ASG“) gegründet. Eine Reaktion auf den Kurs der SPD, deren neoliberale Wende, auf den Mitglieder- und Wähler*innenschwund, die zunehmende „Zerrüttung“ des Verhältnisses zu den Gewerkschaften, insbesondere die Agenda 2010, die sogenannten Hartz-Gesetze, die „Rentenreform“ und das „Schröder-Blair-Papier“. Programmatische Grundlage war der „Aufruf der Initiative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“. Erstunterzeichner*innen und Gründer*innen waren v.a. hauptamtliche Gewerkschafter*innen der IGM aus Süddeutschland (meist 1. Bevollmächtigte), in ihrer überwiegenden Mehrheit SPD-Mitglieder² (vgl. „Aufruf“ in: Ernst, Händel, Zimmermann, 2012, S. 181 ff.). Mit „Wir gehen diesen Weg (der Politik der SPD-Grünen-Regierung, d. Verf.) nicht mehr mit! (...) Aus diesem Bündnis könnte bei der nächsten Bundestagswahl eine wählbare soziale Alternative entstehen.“ (ebenda, S.182 f.) schließt der

Aufruf und sagt damit auch aus, dass die Erstunterzeichner*innen in den bislang vorhandenen Parteien keine Alternative sehen.

Daneben entstand im Norden die „Wahlalternative“, begründet und getragen insbesondere von Mitarbeiter*innen der Zeitschriften *Sozialismus* und *SPW*, von ver.di und der Memorandum Gruppe (vgl. Krämer; Entwurf: Für eine wahlpolitische Alternative; In: Ebenda, S.184ff.). Axel Troost aus der Memorandum-Gruppe verweist darauf, dass die Wahlalternative in ihrer Zusammensetzung „bunt gemischt“ war, Gewerkschafter, aber auch viele Intellektuelle und sogenannte Bewegungslinke beheimatete (vgl. Troost, 2014, S.123)

Helge Meves (2016, S.22 – 57) wiederum lenkt den Blick in seiner Analyse der Entstehungsgeschichte von ASG, Wahlalternative, WASG auf die neuen Problemkonstellationen, z. B. im Zusammenhang mit der sogenannten Wende und dem sich ändernden gesellschaftspolitischen Klima sowie dessen Hintergründe v. a. zu Anfang der 2000er Jahre, die große Demonstrationen gegen den Sozialabbau und die Hartz IV-Gesetzgebung sahen. Hartz IV wurde im Jahr 2004 zum „Unwort des Jahres“ gekürt (ebenda, S. 50). Auffällig sind in dieser Zeit auch Rückgänge der Wahlbeteiligung sowie der SPD-Stimmen bei Landtags- und Europawahlen 2004 in Ost-, aber auch in Westdeutschland (vgl. ebenda, S. 51).

Nach z.T. heftigen inhaltlichen, aber auch persönlichen Differenzen der jeweiligen Gründer*innen, die in zahlreichen Treffen und Diskussionen ausgetragen wurden, schlossen sich die ASG und die Wahlalternative zur Partei „Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit“ (WASG) zusammen. Oben benannte Differenzen setzten sich mit z. T. anderen Vorzeichen auch in zahlreichen Kreisverbänden der WASG fort, v.a. mit Mit-

1– Es sei daran erinnert, dass die PDS alleine bei der BTW 2002 4,0% erreichte.

2– Bis zur Jahrtausendwende war der Besitz des SPD-Parteibuches bei den meisten Gewerkschaften Voraussetzung einer „Hauptamtlichkeit“.

gliedern „linker“ Kleinparteien, die glaubten, in der WASG das Potential zu finden, um ihre Revolutionsträume zu realisieren. Über die lästerte das Vorstandsmitglied der WASG und spätere Vorsitzende der Partei Die Linke, Klaus Ernst, sie könnten ihre Bundesmitgliederversammlung in einer Telefonzelle abhalten. Die WASG hielt im selben Jahr ihren ersten Parteitag ab.

Der Landesverband NRW, der mitgliederstärkste Landesverband der WASG, setzte den Antritt der neu gegründeten Partei bei der Landtagswahl in NRW am 22.5.2005 durch. Trotz des Neuzuschnitts der Wahlkreise, wohl um manche Parteien aus dem Landesparlament herauszuhalten, andere zu schwächen, gelang es der WASG in allen Wahlkreisen Kandidat*innen aufzustellen. Nach einem finanziell beschränkten, aber sehr engagiert geführten Wahlkampf erhielt die WASG 2,2 % der Stimmen. Für die bescheidene finanzielle Lage der WASG war die Wahlkampfkostenrückerstattung bedeutsam.

Auch wegen des Wahlergebnisses in NRW wurde die Bundestagswahl auf den Herbst 2005 vorgezogen. Rückblickend resümiert Axel Troost, der sich auf die Seite der Befürworter des Wahlantritts in NRW schlug: *„Die ganze WASG ist eigentlich eine Kopfgründung. (...) Natürlich gab es immer Diskussionen oder eine demokratisch zustande gekommene Beschlusslage. Aber die wesentlichen Impulse kamen immer von oben. Der Orientierungspunkt waren die Bundestagswahlen 2006 (regulärer, alter Wahltermin; der Verf.)“* (Troost, 2012, S.123).

Das ist einer der wesentlichen Eckpunkte der Programmatik der WASG, die Fixierung auf die Bundestagswahlen, um den insbesondere wegen der Politik der SPD wegelaufenen Wähler*innen eine Wahlalternative anzubieten, aber auch um ein parlamentarisches Sprachrohr für die zahlreichen Initiativen, Demonstrant*innen („Montagsdemonstrationen“, Demos gegen den Sozialabbau allgemein), und Gewerkschaften zu geben. Die WASG betonte das Aufgreifen und Initiieren betrieblicher und gesellschaftlicher Aktivitäten. Letzteres findet sich auch im Programm der Partei Die Linke wieder: *„Linke Politik muss sich stets, auch und gerade in Regierungen, auf die*

Gewerkschaften und andere soziale Bewegungen und die Mobilisierung außerparlamentarischen Drucks stützen können, um nicht der strukturellen Macht von Kapitalinteressen und parlamentarischer Logik zu unterliegen. Wir wollen die Menschen ermutigen, selbst für ihre Interessen in Aktion zu treten“ (Erfurter Programm, 21./23.10.2011, S.75).

Die WASG forderte Veränderungen in der Gesellschaft, die aus ihrer Sicht v. a. Veränderungen und ein Mehr an Mitbestimmung in den Betrieben erzwingt. Und daraus ergibt sich auch die Wichtigkeit und Notwendigkeit von Gewerkschaften und Betriebsräten. Auch und gerade angesichts der Hartz IV-Gesetze und der Rentenpolitik wurde „soziale Gerechtigkeit“ eingefordert, ohne aber, etwa beim namensgebenden Faktor Arbeit zu explizieren, wie er gestaltet werden kann und welche Rolle dieser neben der Sicherung einer „angemessenen“ Reproduktion für Mensch und Gesellschaft spielt. Gerade letzteres Manko droht nunmehr der Partei Die Linke bei Diskussion und Entscheidung über das „bedingungslose Grundeinkommen“ auf die Füße zu fallen.

„Die eigentliche Schlacht sind die Bundestagswahlen. Da spielt die Musik!“

(Klaus Ernst, auf 1. Bundesparteitag WASG, in Dortmund, 7.5. 2005). Wer Klaus Ernst kennt, weiß, dass diese Aussage nicht nur auf die Landtagswahl in NRW bezogen war.

Axel Troost, eines der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder stellte klar: *„Das Programm (der WASG, der Verf.) stellt nicht die ‚Systemfrage‘, sondern enthält konkrete Forderungen, deren Umsetzung zu einer erheblichen Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse für die große Mehrheit der Bevölkerung führt. Bereits in den einleitenden Leitlinien des Programms wird formuliert, dass die WASG die Unterwerfung des Menschen unter die Interessen der Wirtschaft ablehnt und sich für eine Demokratisierung der Wirtschaft und für den Ausbau der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften in den Unternehmen einsetzt. Eine Demokratisierung der Wirtschaft sind das Ziel und die Bedingung für einen nachhaltigen Politikwechsel. Die Macht des Kapitals müsse*

beschränkt werden“ (Axel Troost auf dem 1. Parteitag der WASG in Dortmund, 7. 5. 2005)

Die WASG unterschätzte wohl die Veränderungen in Betrieben und Gewerkschaften, auch den „Siegesszug“ des Neoliberalismus, den Rückgang der Mitgliederzahlen. Dazu kam eine Krise der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, und die „Standortvereinbarungen“ zeigten eine Abkehr von einer betriebsübergreifenden Gewerkschaftspolitik. Hinzu kam der demographische Wandel und es wurde immer deutlicher, dass das Versprechen eines „immer weiter so“, eines naturwüchsigen Aufstiegs „aus eigener Kraft“ zerbrach, weshalb zwar die „Wut“ auf die SPD zunahm, aber auch Inaktivität und zunehmende Wahlenthaltung.

Frank Deppe, emeritierter Professor der Politikwissenschaften an der Universität Marburg, zur WASG mit einem optimistischen Schluss: *„Die Gewerkschaftsfrage hat für die gesamte Partei nicht jene Bedeutung gewonnen, die sich die Gründer der WASG erhofft hatten. Das hatte und hat verschiedene Gründe. Der Wechsel von linken, hauptamtlichen Gewerkschaftern in Führungsfunktionen der Partei ging einher mit einer Schwächung linker Positionen vor allem in den großen Industriegewerkschaften. Die Gewerkschaften waren in den letzten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts in eine Position der Defensive geraten. Der Siegeszug des Neoliberalismus ging mit Mitgliederverlusten der Gewerkschaften, Machtverlust und einer erhöhten Bereitschaft zur Kooperation mit Kapital und Staat einher. Im Bereich der (vor allem exportorientierten) Industrie setzte sich unter dem Druck der ‚Globalisierung‘, der hohen Arbeitslosigkeit sowie der Ausweitung des prekären Sektors und aufgrund von Rationalisierungsprozessen der ‚Wettbewerbskorporatismus‘ durch. Dieser zwang Betriebsräte und Gewerkschaften in ein Bündnis mit den Unternehmensleitungen zur Sicherung des ‚Standortes‘ in der globalen Konkurrenz. Gleichzeitig boten Vorsitzende von Gewerkschaften ein ‚Bündnis für Arbeit‘, d. h. Lohnverzicht im Austausch für Beschäftigungssicherung, an. Auf der anderen Seite entstand die große Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, die im staatlichen Sektor mit den Folgen der Privatisierungspolitik (bei Post, Verkehr, Gesundheitswesen) und der Austeritätspolitik konfrontiert ist. Gleichzeitig werden die Gewerkschaften mit der Femini-*

sierung der Erwerbsarbeit, mit prekären Beschäftigungsverhältnissen – vor allem im Einzelhandel, im Erziehungs- und Pflegebereich – mit neuen Herausforderungen konfrontiert, die sich kaum mit den Methoden traditioneller Gewerkschaftspolitik lösen lassen. Seit der großen Krise von 2008 gibt es jedoch aufgrund von Mitgliederzuwächsen, von Erfolgen auf dem Feld der Tarifpolitik, der Durchsetzung des Mindestlohns und einer erhöhten Streik-tätigkeit Anzeichen für ein ‚Comeback‘ der Gewerkschaften. Für diesen Aufschwung sind auch jüngere Kolleginnen und Kollegen verantwortlich, die sowohl in den Gewerkschaften als auch in der Partei aktiv sind.“ (Deppe, 2016, S. 16).

Zur Bundestagswahl 2005 kam es zu einem Wahlbündnis von WASG und Linkspartei.PDS, die hierin bestimmend war, und das mit 8,7 % und 54 Mandaten in den Bundestag einzog.

Die Vereinigung

2007 vereinigten sich beide Parteien zur Partei „Die Linke“.

Gründe waren u. a. die Einschätzung, dass in Deutschland eine gemeinsame, eben auch wählbare Linke notwendig sei und dass „Stimmenwilderei“ verhindert werden müsse. Hinzu kam, dass die Linkspartei.PDS im Osten nach Stimmen noch stark war, noch viele Mitglieder (ca. 60.000, Stand 2007) hatte und finanzkräftig schien. Sie hatte zwar einen eigenen Apparat und war in Landtagen und Landesregierungen vertreten. Allerdings war sie nicht in Betrieben, Gewerkschaften und in Westdeutschland verankert, anders als die WASG. Die wiederum war parlamentarisch nicht vertreten, hatte wenige Mitglieder (11.500, Stand 4/2007), war finanzschwach (auch aufgrund der Mitgliederstruktur und einer schlechten „Zahlungsmoral“ vieler Mitglieder) verfügte über keinen Parteiapparat und war in Ostdeutschland kaum vertreten (vgl. Weichhold, 2016, S.192). Soziologisch gesehen war die WASG das Projekt einer Generation. Das typische WASG-Mitglied war männlich, hatte einen linkssozialdemokratischen, gewerkschaftlichen Hintergrund, war in den westdeutschen Bundesländern beheimatet und zwischen 41 und 60 Jahre alt (vgl. Weichhold, 2016, S. 193).

So unterschiedlich ihre organisatorischen Voraussetzungen waren,

so unterschiedlich ihre programmatischen Ansätze. Für die Linkspartei.PDS gehörte der Sozialismus zur Identität³, ebenso bedeutsam war die Einhaltung bzw. der Ausbau von Freiheitsrechten, die Gleichstellung der Geschlechter und die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland. Die Linkspartei galt als



die Vertreterin der ostdeutschen Interessen und als „Kümmerin“. Für die WASG spielte der Begriff Sozialismus keine Rolle. Sie setzte auf Änderungen im System, u. a. durch Brechung der Macht des Kapitals und die Ausweitung der Mitbestimmung. Sie vertrat eine starke Ausrichtung auf Gewerkschaften und Betriebe, forderte soziale „Gleichstellung“ und wollte Wachstum durch kreditfinanzierte Konjunktur- und Zukunftsprogramme anschieben. Die WASG vertrat also in weiten Bereichen einen Linkskeynesianismus.

Die programmatischen Unterschiede, die bei manchen noch wirksame westdeutsche Staatsdoktrin des „Antikommunismus“ und das Misstrauen in die Linkspartei.PDS als „Nachfolgepartei“ der SED hatten schon beim Eingehen des Wahlbündnisses zu erheblichen Diskussionen und Zerwürfnissen innerhalb und zwischen beiden Parteien geführt. Axel Troost, der den Vereinigungsprozess aktiv mitgestaltete: „(...) im Detail waren die Unterschiede (...) teilweise (...) recht groß. (...) Ohne eine sehr große Kompromissbereitschaft wäre dieser ganze

Prozess nicht möglich gewesen.“ (Troost, 2012, S.131, 132).

Aber es waren bzw. sind diese Unterschiede nicht allein wesentlich, sondern auch die Wirkungen des Einzuges der neuen Partei in Parlamente und der Aufbau und Betrieb einer Partei. Nochmals Frank Deppe: „Die Gewerkschaftsfunktionäre aus der WASG, die in Die Linke wechselten, mussten schnell feststellen, dass die Partei ein eigener Apparat mit seinen Regeln, Widersprüchen und Zwängen ist, die durch den Primat der Ausrichtung auf Wahlen und die parlamentarische Arbeit, mehr noch: auf Regierungsbeteiligungen, oftmals noch verstärkt werden. Die Beteiligung an Landesregierungen im Osten bzw. in Berlin verschoben die Auseinandersetzung um ‚Arbeit und soziale Gerechtigkeit‘ auf die Regierungsebene, auf der die Partei einerseits (mit Ausnahme von Thüringen) Juniorpartner ist, auf der andererseits die Zwänge der Austeritätspolitik, der knappen Kassen usw. respektiert werden. Die Ergebnisse sind daher gerade für Gewerkschafter oftmals enttäuschend. Auf der anderen Seite setzt sich die Partei im Bundestag (und auch auf der Landesebene bzw. auf der kommunalen Ebene) für Forderungen der Gewerkschaften ein. Bei der Durchsetzung des Mindestlohns z. B. hat sie als Opposition eine positive Rolle gespielt. Die Partei versteht sich zugleich als Partner der sozialen Bewegungen, in denen – vielfach berechnete – auch kritische Positionen gegenüber der Politik der Gewerkschaftsführungen vertreten werden: Sie muss den Spagat zwischen Innen- und Außenpolitik, zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Interessenvertretung, zwischen Fraktionen und Richtungen in der Partei bewältigen, für die entweder die Regierungsbeteiligung oder die Stärkung der Oppositionsrolle und der außerparlamentarischen Bewegungen Priorität besitzt. Das produktive Austragen solcher Spannungen – eingebettet in die Regeln und Zwänge des politischen Systems, in dem man agiert – bestimmt nun einmal das Alltagsleben der Partei.“ (Deppe, 2016, S.17): Christine Buchholz, die von der Gruppe Linksruck zur WASG kam und in den Bundestag, weist auf zwei weitere, bedenkenswerte Punkte hin: „(...) eine parlamentarische Partei hat immer eben auch eine Schlagseite zu den Personalfragen, zu den Apparaten und zu

3– Unterstellt werden kann, dass es mit dem Bekenntnis zum „Sozialismus“ nicht weit her war, dass viele Mitglieder nur deshalb in dieser Partei bzw. ihrer „Vorgängerin“ der SED waren, weil diese die politische Macht im Staate innehatte und eine Mitgliedschaft häufig Voraussetzung war, bestimmte Posten zu bekommen oder Positionen zu erreichen.

inneren Auseinandersetzungen um Macht und Einfluss. (...) Wenn Politik von Menschen gemacht wird, die dafür bezahlt werden, als Abgeordnete oder Mitarbeiter, dann stehen immer auch Fragen nach der Zukunft einzelner Personen im Raum". (Buchholz, 2012, S.44). Sabine Lösing⁴ benennt, auf ihren Rückzug aus dem WASG-Parteivorstand angesprochen, noch einen Aspekt, der wohl auch heute für den Zustand der Partei eine Rolle spielt: „Es wurde aus meiner Sicht schwieriger, den Bewegungskarakter aufrechtzuerhalten.“ (Lösing, 2012, S. 153)

Wer den Zustand der Partei Die Linke als schlecht einschätzt, die Partei, die dieses Jahr 15 Jahre alt wird, als am Ende befindlich, oder gar als obsolet ansieht, sollte bedenken, dass es mit der Linken das erste Mal in der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik gelungen ist, eine auch im Bundestag und zahlreichen Landtagen vertretene linke Partei zu etablieren. Dass Die Linke Chancen hat, wieder parlamentarisch größer zu werden, zeigt eine Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie sieht das Linke-Wähler*innenpotential bei 18 Prozent (vgl. *junge Welt*, 24.5.2022, S. 2). Allerdings müssen sich einige Dinge ändern. Was und wie, können Blicke in die Entstehung der Partei zeigen.

Egal, wie der Parlamentarismus eingeschätzt wird, ist es notwendig aufzuzeigen, was Parteien in Parlamenten bewirken können und was nicht. Natürlich gibt es mehr Öffentlichkeit, wenn der parlamentarische Dienst aufgrund einer Anfrage der Fraktion der Partei Die Linke Zahlen veröffentlichen muss, die zeigen, dass und bei wem z. B. in der Bundesrepublik die Armut stetig zunimmt. Aber dabei darf es nicht stehen bleiben, es muss auch gezeigt werden, wie dem Zustand nachhaltig wirksam begegnet werden kann. Damit muss die systemische Frage nicht umgangen werden, aber sie allein in den Vordergrund zu stellen, wird nicht genügen. Vielmehr sollte aufgezeigt werden, was jede und jeder tun kann und muss. Und diese Vorschläge sollten als realistisch bzw. realisierbar erscheinen. Der Eindruck und das Angebot einer „Stellvertretungspolitik“ sollte vermieden werden, das gilt auch für die Gewerkschaften. Die Partei Die Linke ist u. a. gegründet worden, um den (not-

wendigen) außerparlamentarischen Bewegungen eine parlamentarische Stimme zu geben. Sie mit anzustoßen und zu stabilisieren, ist eine Grundvoraussetzung der Linken. Aber auch die Kritik sollte nicht vernachlässigt werden, und damit meine ich nicht die Kritik an der These der „Lifestylelinken“ der in zahlreichen Talkshows auftretenden, Rosa Luxemburg kopierenden Sahra Wagenknecht, sondern die Subtexte ihrer zahlreichen Publikationen, z.B. das 2002 erschienene Buch „Freiheit statt Kapitalismus“. Der Kapitalismus versagt vor seinen eigenen Ansprüchen, schreibt sie zurecht. Aber dann nimmt sie sich des CDU/CSU-Altkanzlers Ludwig Erhard („der Dicke mit der Zigarre“, „Erfinder“ der „Sozialen Marktwirtschaft“) an und fordert, was der versprach: „Wohlstand für alle!“ Sie plädiert für politische Handlungsfähigkeit als Grundvoraussetzung für echten Wettbewerb, echtes Unternehmertum und echte Leistung. Damit adelte sie indirekt das „Modell“ der sozialen Marktwirtschaft – ein den Kapitalismus feierndes System. „Wenn eine Linke schon die „soziale Marktwirtschaft“ feiert, muss ja etwas dran sein. Kleine Korrekturen und schon gewinnen Alle! Kapitalismus und Konkurrenz sind unverzichtbar und klasse!“ werden sich einige gedacht haben. Verirrungen und Verwirrung von links? Das ist kein Plädoyer für die in der Linken offensichtlich und medial ausgeschlachtete „Ausschleiberitis“, sondern für die inhaltliche Auseinandersetzung. Die Forderung nach Ausschluss erinnert an den Witz, den Kurt Tucholsky erzählt haben soll: „Treffen sich Zwei Ende der zwanziger Jahre. Der eine ehemaliges KPD-Mitglied, der andere ist noch Mitglied. Sagt der nach einer Diskussion: Schade, dass du schon ausgetreten bist, sonst könnte man dich jetzt ausschließen.“

Konsequente Friedenspolitik ist ein weiteres wesentliches Alleinstellungsmerkmal der Partei Die Linke. Genauso wie „soziale Gerechtigkeit“ muss es aber „übersetzt“ werden. Auch was Arbeit für die Menschen und die Gesellschaft ist, wie und von wem sie gestaltet werden soll, muss verstärkt expliziert werden, gerade auch um zu verhindern, dass die Forderung nach dem „bedingungslosen Grundeinkommen“ (BGE) als Forderung/

Programmpunkt Eingang ins Parteiprogramm der Partei Die Linke findet. Der Hinweis auf dessen hohe Kosten, wird nicht genügen um das BGE zu verhindern.

Der letzte Satz gehört zwei Mitbegründern der ASG, WASG und Die Linke: „Die Linke in Deutschland, wie die Linke in den anderen europäischen Ländern – wie die Gewerkschaftsbewegungen – haben in den vergangenen Jahren nur wenig Korrekturen durchsetzen oder Grenzen halten können. Es bleibt noch ein weiter Weg zu gehen. Auch dieser führt nicht am Grundkonflikt von Kapital und Arbeit vorbei, sondern geradewegs hindurch.“ (Ernst, Händel, 2012, S.174)

Frank Rehberg

Mitbegründer der WASG, langjährig im Kreisvorstand der WASG und der Partei Die Linke in München

Literaturverzeichnis:

- Buchholz, Christine (2012): „Gespaltene Linke hatten wir schon genug“; In: Ernst, Klaus; Händel, Thomas; Zimmermann, Katja (Hrsg.): *Ebenda*; S. 33 - 46
- Frank, Deppe (2016): „Einleitung“; In: Troost, Axel; Händel, Thomas (Hrsg.); *Ebenda*; Hamburg; S.8 - 21
- Ernst, Klaus; Händel, Thomas (2012): „Immer noch und immer wieder: Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Kein Epilog“; In: Ernst, Klaus; Händel, Thomas; Zimmermann, Katja (Hrsg.); *Ebenda*; S.169 -18
- Ernst, Klaus; Händel, Thomas; Zimmermann, Katja (Hrsg.); „Was war? Was bleibt? – Wege in die WASG, Wege in Die Linke“; Hamburg
- Lieberam, Eckard (2022): „Der versteckte Sozialismus“; In: *Arbeiterpolitik*, Nummer 1/2, Februar 2022; S.4 - 7
- Lösing, Sabine (2012): „Wir waren ein wilder Haufen“; In: Ernst, Klaus; Händel, Thomas; Zimmermann, Katja (Hrsg.); *Ebenda*; S. 145 – 156
- Meves, Helge (2016): „Ein Gespenst kehrt zurück“; In: Troost, Axel, Händel, Thomas (Hrsg.); *Ebenda*, S. 22 – 54
- Troost, Axel; Händel, Thomas (Hrsg.): „Von der Sozialstaatspartei zur neuen LINKEN - Eine Geschichte der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG)“; Hamburg
- Wagenknecht, Sahra (2002): „Freiheit statt Kapitalismus“; Hamburg
- Weichold, Jochen (2016): *Von der Gründung der WASG bis zur Bundestagswahl 2005*; In: *Ebenda*; S. 58 – 110
- Weichold, Jochen (2016): „Vom Sieg bei der Bundestagswahl 2005 bis zur Gründung der Partei DIE LINKE.“; In: Troost, Axel; Thomas, Händel (Hrsg.); *Ebenda*; S. 111 – 201

⁴ Sabine Lösing war/ist seit 2001 bei Attac, 2004 Gründungsmitglied der WASG und ab 2009 für die Die Linke Abgeordnete im Europaparlament.

Der Georg, sein Jesus und die Kartonagen

Ein Konzern will hoch hinaus

Fangen wir bei den Kartonagen an. Wer kennt sie nicht die hübschen Verpackungen der süßen Verführungen in den Regalen der Supermärkte, die häufig nicht mehr in Plastikfolie verpackt sind. Kartone in vielfältigsten Farben und Formen lösen zunehmend Kunststoffe ab. Man will ja nachhaltig sein. Fast alle Verpackungen nicht nur in deutschen Geschäften haben eines gemeinsam: Sie wurden und werden produziert von einer Firma, die außer in Fachkreisen eher unbekannt ist: Mayr Melnhof (MM). Die Mayr-Melnhof Kartonagen AG ist Europas größter Karton- und Faltschachtelhersteller mit Stammsitz in Österreich. Aber sie ist nicht nur ein bedeutender Player auf dem europäischen Markt. Sie verfügt über 50 Produktionsstandorte auf drei Kontinenten, neben Europa auch Asien und Amerika. Sie verkauft ihre Produkte in über 100 Länder der Welt. Über 10.000 Beschäftigte ermöglichten 2020 einen Umsatz von ca. 2,5 Milliarden Euro. Die Aktiengesellschaft ist in zwei Geschäftsbereiche unterteilt. Etwa 40 Prozent entfallen auf MM Karton, der seit kurzem MM Board & Paper heißt und Produktionsstandorte in den Ländern Österreich, Deutschland, Slowenien, Finnland, Polen und Norwegen hat. Der andere Geschäftsbereich, der sich MM Packaging nennt, produziert in den europäischen Ländern Österreich, Deutschland (9 Werke), Frankreich, Großbritannien, Polen, Rumänien, Spanien, Russland, Ukraine und in den asiatischen Ländern Türkei, China, Iran, Jordanien, Philippinen und Vietnam. Was Amerika betrifft, ist MM in Kanada, Chile und Kolumbien vertreten. Zwar gibt es in diesem Segment noch größere Konzerne, aber Mayr Melnhof schließt durch strategische Zukäufe immer mehr auf. Die Firma ließ sich zwei Werkszukäufe in diesem Jahr über eine Milliarde Euro kosten. Es handelt sich um ein Werk in Finnland und eins in Polen. Die polnische Niederlassung allein beschäftigt etwa 2300 Mitarbeiter. Mayr Melnhof hat eine Eigenkapitalquote von 64,5 Prozent und gilt bei den Aktionären als grundsolide.

Damit aber die Aktionäre mit den Ergebnissen zufrieden sein können, werden an das Management hohe Erwartungen gestellt. Dazu später mehr. MM kommt immer wieder mal in die Schlagzeilen. Stolz vermeldete sie im letzten Geschäftsbericht: „So wurde die Mayr-Melnhof Gruppe für ihren Beitrag zum Klimaschutz durch innovative Kartonverpackung mit dem neu eingeführten Green Tech Award der ÖGSV (der Österreichischen Gesellschaft für Verbraucherstudien) ausgezeichnet.“

Schandfleck des Jahres 2012

Die Firma hat einen guten Ruf bei den Aktionären, nicht so jedoch bei den Beschäftigten und bei den Gewerkschaften. Siegfried Heim, Tarifsekretär Verlage, Druck, Papier der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di: „Gezielte und ständige Angriffe auf Betriebsräte und aktive Gewerkschafter sowie Behinderung deren Arbeit sind das alltägliche Standardprogramm, das von den örtlichen Geschäftsführungen der Mayr-Melnhof-Werke sicher nicht ohne Rückendeckung aus der Wiener Konzernzentrale exekutiert wird.“ Am Welttag der sozialen Gerechtigkeit (ja auch so etwas gibt's), dem 20. Februar 2013, wurde in Wien der Schandfleck des Jahres 2012 verliehen. Dabei handelt es sich um eine „Auszeichnung für gesellschaftlich unverantwortliche Unternehmen, Organisationen und Institutionen“. In die engere Auswahl kamen KIK, eine Tengelmann-Tochter, die im Zusammenhang mit der Brandkatastrophe in Pakistan, bei der 289 Menschen in der Fabrik gestorben waren, der Grazer Anlagenbauer ANDRITZ AG im Zusammenhang mit seiner Beteiligung bei dem brasilianischen Staudammprojekt Belo Monte, das großen Schaden in der Umwelt hervorrufen wird und die Lebensgrundlage vieler Menschen vor Ort zerstört. Und schließlich Mayr-Melnhof Packaging im Zusammenhang mit wiederholter Negierung betriebsrätlicher Rechte. Letztere machte das Negativrennen, was die Herren Vorstände wenig beeindruckt haben wird. Sie machten weiter wie bisher. 2014 schloss MM

eine Druckerei in Dortmund mit 79 Beschäftigten. Die ehemalige Druckerei Busche war die letzte große Druckerei in Dortmund. Anfang Mai dieses Jahres kündigte die Firmenleitung an, die MM Graphia Bielefeld-Brackwede komplett zu schließen. Es ist der Betrieb, in dem Frank Werneke, der Verdi-Vorsitzende, seine Lehre gemacht hatte. Die Beschäftigten reagierten mit einem 48 stündigen Streik, mit dem zumindest ein Sozialplan durchgesetzt werden konnte. Nach langem Hin und Her zwischen Betriebsrat und Firmenleitung einigte man sich auf eine Transfergesellschaft für die 212 Beschäftigten. Nach 92 Jahren wurde die Druckerei am 1. Oktober geschlossen. Schon vorher war der Firma von den Produktionsarbeitern ein denkbar schlechtes Zeugnis ausgestellt worden. Dazu eine Auswahl vom Februar 21: „Die Arbeitsbedingungen sind eine Katastrophe.“ „Personal wird überwacht durch technische Module an den Maschinen.“ „Schlecht am Arbeitgeber finde ich so ziemlich alles.“ „Viel Stress durch immer weniger Mitarbeiter.“ „Abmahnungen auch für Kleinigkeiten.“ Im aktuellen Geschäftsbericht 2020 des Gesamtkonzerns liest sich das ganz anders: „Wir richten unsere Aufmerksamkeit in hohem Maß darauf, dass man gerne bei MM arbeitet...“ Wie nett das doch formuliert ist! Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, dass MM Graphia nur einer von drei kleineren Betrieben ist, die MM in diesem Jahr plattgemacht hat. Im deutschen Werk in Baiersbrunn und im niederländischen Eerbeek sind 400 Beschäftigte betroffen. Vor einem Jahr traf es auch die MM Niederlassung Hirschwang in Niederösterreich mit ca. 130 Beschäftigten, obwohl das Werk in den letzten Jahren ständig Rekordergebnisse lieferte, nicht zuletzt dank Corona. Einer der besten Kunden war Amazon. 2018 war der Standort konzernweit noch als „Werk des Jahres“ ausgezeichnet worden. Und noch Anfang September fingen neue Lehrlinge ihre Ausbildung an. Die Beschäftigten wurden von der Entscheidung der Konzernleitung eiskalt erwischt.

„Ich bitte von Herzen...“

Und was sagt der Vertreter der Eigentümerfamilie im Aufsichtsrat z.B. zur Schließung in Bielefeld auf eine Anfrage des Verfassers dieses Artikels? *„Ich bin darüber informiert, dass der Betrieb in Bielefeld geschlossen werden soll. Der spürbare Rückgang des Zigarettenkonsums hat wohl Auswirkungen auf bestimmte Verpackungsprodukte. Nach meinen Informationen schreibt Bielefeld leider schmerzhaft Verluste. Wir verlangen von unserem Vorstand und unserer Geschäftsleitung – und das ist gewiss legitim – hohen Einsatz und Wettbewerbsfähigkeit. Wie in jedem anderen Unternehmen auch, werden immer wieder neue Betriebe akquiriert und andere geschlossen.“* So einfach ist das. Kapitalismus as usual. Und weiter: *„Bei notwendigen Schliessungen hat für uns als Familie die soziale Komponente immer einen hohen Stellenwert. Zum einen gibt es oft das Bemühen, Beschäftigung in anderen Werken anzubieten, zum anderen mühen wir uns um faire Abfindungen. Ich bitte von Herzen um ihr Verständnis. Jeder Arbeitsplatz der verloren geht, jeder Betrieb der geschlossen werden muss, ist ein Schmerz. Nicht nur für die Betroffenen, auch für uns als Unternehmen und Eigentümerfamilie.“* (Juli 21)* Damit wären wir bei Georg. Oder wie er mit vollem Namen heißt: Georg Mayr-Melnhof, Vertreter der Eigentümerfamilie im Aufsichtsrat der Mayr Melnhof AG. Er ist ein bescheidener Mensch und lässt sich seinen immensen Reichtum nicht heraushängen. Er hat nichts zu verbergen: *„Als Vertreter der Salzburger MM Familie sitze ich seit 15 Jahren im AR. Und richtig, seit mehr als 30 Jahren gehöre ich in leitender Funktion einer lebendigen christlichen Gemeinschaft an.“** Aber der Reihe nach. Schauen wir uns den Georg näher an. In seiner „christlichen Gemeinschaft“ lässt er sich mit dem Vornamen anreden. Dabei ist er eine waschechte Durchlaucht. Seine Mutter ist eine geborene Gräfin von Orsini-Rosenberg und sein Bruder Friedrich III. Ist mit einer Gräfin von Nostitz-Rieneck, einer Urenkelin des in Sarajevo ermordeten Thronfolgerpaares, verheiratet. Der Vater, Friedrich II., Papi genannt, eigentlich ein Freiherr von Mayr-Melnhof, war Landesjägermeister von Salzburg

und als Landesrat (ÖVP) Mitglied der Salzburger Landesregierung. Georgs Schwester Doraja (ÖVP) gehörte von 2004-2010 der Salzburger Landesregierung an. Die Familie Mayr-Melnhof (Salzburger Zweig) besitzt ca. 7000 ha Grund und Boden in Salzburg und Oberösterreich, die beiden Schlösser in Glanegg und Kogl, nicht unerhebliche Anteile an der MM Karton AG und diverse weitere Immobilien, eine Holzhandlung und und und... Man kann also mit Fug und Recht sagen, die Familie gehört zu den reichsten österreichischen Familien. Der Familienleitspruch lautet: Recte Agendo Securitas – Rechtes Schaffen verleiht Sicherheit. Vieles wäre noch zum familiären Umfeld zu sagen, was aber an dieser Stelle zu weit führte. Da Georg ein braver und frommer Bub war und noch sieben überlebende Geschwister hatte, die sich um die Verwaltung und Vermehrung des familiären Besitzes kümmern konnten, wollte (oder sollte?) er die geistliche Laufbahn einschlagen. Nach der Matura studierte er aber zunächst Wirtschaftswissenschaften, was sich letztlich als nützlich erweisen sollte. Mit 27 Jahren wechselte er aber doch noch zur Theologie. Heute ist er verheiratet und hat zusammen mit seiner Frau zwei Söhne und zwei Töchter. Georg ist Jugendleiter in der Erzdiözese Salzburg und seit März 2021 Diakon, also ein Beinahepfarrer. Neben seiner Aufsichtsratsstätigkeit, über die er ungern öffentlich spricht, ist er für die sog. Lorettogemeinschaft missionarisch tätig. Diese „Gemeinschaft“ bewegt sich innerhalb der Katholischen Kirche, ist extrem konservativ und zeigt ein sektenhaftes Gebaren, wie Insider anmerkten. Im Führungszirkel befinden sich mehrere Personen aus dem Hochadel wie etwa Dr. Maximilian Oettingen, genannt Maxi, der mit vollem Namen Dr. Ludwig-Maximilian Constantin Moritz Nikolaus Notger Maria Prinz zu Oettingen-Oettingen und Oettingen-Wallerstein heißt und einen veritablen Stammbaum besitzt. Georg und Maxi und ein paar andere, die sich im bosnischen Medjugorje bekehrt hatten, sammeln Jugendliche um sich, die sie zu „Jüngern“ ausbilden. Nicht alle Führungsfiguren kommen aus dem Hochadel, manche

nur aus dem Geldadel. So etwa der erfolgreiche Salzburger Unternehmer Patrick Knittelfelder (*„Ich produziere Österreichs bestes Backhendl.“*) In ihren Schulungen, die sehr stark auf Leadership ausgerichtet sind (in Österreich vermeidet man das Wort „Führer“schaft), sprechen sie viel über ihre Liebe zu Jesus und Maria und über das herrliche Jenseits, auf das sie ihre Jüngerschaft hin orientieren. Georg, Maxi und andere Leader aus dem inner circle haben sich u.a. in den USA bei der Psychogruppe „Marked men for Christ“ ihr Rüstzeug angeeignet. Bei ihren Vorträgen wird ein Thema nicht erwähnt: der materielle Background der Leader. Kein Thema ist auch, wie z.B. Georgs Manager beim MM Konzern gnadenlos Betriebe plattmachen, weil so die Gewinnmarge gesteigert werden kann. Sind das alles nur Spinner? Das wäre zu kurz gegriffen, da sie bisher verdammt erfolgreich und in der Lage sind, tausende Jugendliche in ihren Bann zu ziehen. Worauf deutet das hin? Es ist nicht zuletzt Ausdruck einer tiefen Krise der kapitalistischen Gesellschaften. Eine Krise, die nicht nur materieller Natur ist. Vor allem jüngere Menschen stellen Fragen nach der Zukunft, bei denen die herrschenden Kräfte passen müssen. Die Linken, die Gewerkschaften und andere fortschrittliche Kräfte sind derzeit kaum in der Lage, zufriedenstellende Antworten zu geben und Perspektiven anzubieten. Wir wissen, nichts bleibt wie es ist. Und für manche gilt der Satz: *„Wo das Neue eine Verschlechterung ist, kann die Vergangenheit mehr Zukunft enthalten als die Gegenwart.“* Es muss ja auch Gründe geben, warum der religiöse Obskurantismus nicht nur in den USA an Bedeutung gewinnt. Der katholische Bischof Oster (früher bei Radio Charivari) stellte der Gruppierung, für die Georg Mayr-Melnhof steht, unlängst in Passau ein dreistöckiges Haus zur Verfügung, das er für 4,8 Millionen aufwendig umbauen ließ. In der *Passauer Kirchenzeitung* vom 14. November wurde das Projekt vorgestellt unter der Überschrift: *„Neue Heimat für Hoffnungsträger?“*. Schade um die Jugendlichen, die sich in einen Zug begeben, der rückwärts fährt.

hd

Mehr dazu in: <https://arbeiterstimme.org/archiv/106-2021/nr-211> „Die christliche Rechte im Aufwind“ (S.14)

* Georg Mayr Melnhof reagierte auf eine erste Anfrage (s. Zitate oben). Auf Nachfrage antwortete er nicht mehr.

Rezension

Der West-Ost-Aufmarsch

Jörg Kronauers Analyse einer neuen weltpolitischen Konfliktlage



Putins Krieg“ gegen die Ukraine ist nicht nur ein regionaler Konflikt oder allein sein Krieg. Das zeigt auch seit Jahren die tiefe Verwicklung der Akteure, die keine direkten Beteiligten an der Konfrontation Moskau-Kiew sind: USA, NATO und Europäische Union. Wir haben es mit einer europäischen und auch einer geopolitisch angelegten Auseinandersetzung zu tun. Das betonte noch kurz vor der russischen Ukraine-Invasion der deutsche Bundeskanzler, Olaf Scholz (SPD), als er in Bezug auf mögliche Folgen eines solchen Schrittes u. a. vor „weitreichenden geopolitischen“ Konsequenzen für Russland warnte, ohne ins Detail zu gehen. Die äußeren Begründungen für diese Verwicklung sind jeweils explizit ideologischer Art: Kampf um (westliche) Werte, um nationale Souveränität (der Ukraine) und „Selbstbestimmung“, um militärische Selbstbehauptung gegen einen Aggressor, also „gerechten Krieg“, Kampf gegen „Nationalismus“ und „Faschismus“, wie es die russische Seite definiert.

Die wahren Motive für den Ukraine-Krieg und westlichen „Gegenkrieg“ muss man unter dieser ideologischen Deckelung jedoch erst herauslesen. Jörg Kronauer unternimmt genau dies in seinem neuen Buch *Der Aufmarsch – Vorgeschichte zum Krieg. Russland, China und der Westen*. Ein Buch mit Warncharakter zur rechten Zeit.

„Die Ukraine gehört zu uns“ (also Europa und dem Westen), so formulierte es unlängst bekenntnishaft die deutsche EU-Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen (CDU), ehemals Bundesverteidigungsministerin unter Ex-CDU-Kanzlerin Angela Merkel, in einer Rede in Brüssel. Und was zu einem gehört, lässt man nicht einfach freiwillig los. Man versucht, es stärker an sich zu binden, gegebenenfalls einem Einfluss anderer zu entreißen. Andererseits spricht der russische Präsident von einer Ukraine, die kein eigenständiger Staat sei und darum eigentlich „historisch“ zu Russland bzw. zur Russischen Föderation gehöre. So wie die Halbinsel Krim und die selbstproklamierten „Republiken“ Donezk und Luhansk im Donbass, die sich unter Moskaus Einfluss und Hilfe von der Ukraine separiert haben und kaum eigenständige Staatssubstanz aufweisen, um ernsthaft Republik genannt zu werden. Im Donbass konzentriert ist bei hoher Bevölkerungsdichte (mit russischer Mehrheit) die ukrainische Schwerindustrie, dort befinden sich die wichtigen Kohlevorkommen des Landes, liegen wirtschaftlich hochproduktive städtische Metropolen mit qualifizierten Beschäftigten, befinden sich nicht zuletzt riesige Weizenlager für den Export. Wesentlich ist auch die strategische Lage zwischen russischer Grenze und der Krim. Der tiefgreifende Konflikt ist damit programmiert und das, wie Kronauer faktenreich aufzeigt, nicht erst seit gestern.

Ein Krieg ist dort schon seit längerem im Gang, seit der russischen Krim-Annexion 2014 und dem politischen Umschwung der Ukraine nach Westen im Zuge des Maidan-Aufstands. Es ist ein schon über Jahre schwelender und sich ausweitender bewaffneter Konflikt. Geschürt und vorgetrieben von West und Ost, nicht zuletzt auch von der Ukraine selbst. Der Begriff „Aufmarsch“ meint laut Kronauer darum beides, nicht nur den langfristig vorbereiteten und jetzt offen militärischen seitens Russlands, sondern auch den unverhohlenen strategischen von USA-NATO und EU, die hinter dem Stellvertreter und Platzhalter Ukraine agieren. Es stehen einander eine vermeintlich „freie“ gegen eine „unfreie“ Welt gegenüber. Daraus leitet die „freie“ Seite gedeckt vom Völkerrecht ein „rechtmäßiges“ Handeln ab, wenn sie dem bedrohten und bekriegten Land militärisch mit Waffen und Logistik (Aufklärung) und einem halben Dutzend Sanktions-Paketen zur Seite springt. Im Westen uneins ist man sich hinsichtlich des Ausmaßes dieser militärisch-wirtschaftlichen Einmischung.

Die deutsche Bundesregierung gerät mit der ihr unterstellten „Zurückhaltung“ und ihrem „Zögern“ (Friedrich Merz, CDU) in parteipolitische Erklärungsnot bis hin zu den Russland-Connections durch Repräsentanten wie Ex-Kanzler Gerhard Schröder und Mecklenburg-Vorpommerns SPD-Ministerpräsidentin, Manuela Schwesig. Der nationalistische ukrainische Botschafter in Berlin, Andrej Melnyk, fährt seit Kriegsbeginn eine persönliche Anklage-Kampagne gegen „kriegsunwillige“ Deutsche, deren Land als viertgrößter Welt-Waffenexporteur keine oder nur sehr schleppend Waffen liefere und dann auch noch die falschen. Die Bundeswehr sei „blank“, formuliert es der Sozialdemokrat und Auswärtigen-

ausschuss-Vorsitzende, Michael Roth. Man stünde im Kriegsfall mit „heruntergelassenen Hosen“ da, sagt es ähnlich der Potsdamer Militärhistoriker, Sönke Neitzel, unlängst hervorgetreten mit einem Buch über „Deutsche Krieger“. Ehemalige hohe deutsche NATO-Generäle a. D, sehen das zwar auch so, halten sich gleichzeitig aber eher zurück in Bezug auf ein befürwortendes Plazet für die Lieferung „schwerer Waffen“ Made in Germany und warnen vor den Gefahren einer eskalierenden Ukraine-Aufrüstung.

Der in London lebende deutsche Buchautor Jörg Kronauer, Jg. 1968, Soziologe, freier Journalist, Nachrichten-Blogger, untersucht seinen Gegenstand, dem es an Komplexität nicht fehlt, wie schon angesprochen unter euro- und geopolitischen, militärischen und ökonomischen Aspekten. Das bedeutet auch unter Einbezug noch einer weiteren Weltmacht, nämlich China, wenn man als andere Weltmacht-Player freilich nicht gleichrangig die USA, Russland und die Europäische Union ansehen mag, Die eng verzahnt mit der NATO kräftig mit- und sich einmischt und einmal mehr den Beweis erbringt, hinsichtlich ihrer gegenwärtigen Rolle 2012 den Friedensnobelpreis zu Unrecht erhalten zu haben. Übersichtlich gliedert der Autor sein Thema in drei Kapitel: 1. Der Machtkampf gegen Russland, 2. Der Machtkampf gegen China, jeweils ergänzt durch eine Betrachtung „militärischer Aktivitäten“. Im 3. Abschnitt widmet Kronauer sich dem möglichen Vorspiel, den diese globalen Kämpfe für einen absehbaren Weltkrieg haben könnten.

Das neue Werk aus dem einschlägig geschäftigen Programm des Kölner PapyRossa-Verlags (vormals Pahl-Rugenstein) hat 207 Seiten und kommt, wohl sein einziger nennenswerter formaler Makel, bis auf gut 13 Seiten Anmerkungen ohne weiteren kritischen Apparat aus, will sagen es fehlt eine aufgelistete Chronologie (Zeittafel), ein Literaturverzeichnis (z. T. in Anmerkungen eingearbeitet), ein Register und illustrierendes Kartenmaterial. Wenn man so will, ist es Kronauers bereits drittes Werk zum Themenkomplex nach „Allzeit bereit. Die neue deutsche Weltpolitik und ihre Stützen“ (2015) und „Meinst

Du, die Russen wollen Krieg? Russland, der Westen und der zweite Kalte Krieg“ (2018). 2014 erschien zum Thema im selben Verlag Peter Strutynski (Hg.): „Ein Spiel mit dem Feuer. Die Ukraine, Russland und der Westen“. Damit läge reichhaltiges Quellen- und Argumentationsmaterial vor, sich über den Gegenstand einen umfassenderen, vertiefenden Einblick zu verschaffen. Was man sich angesichts verbreiteter journalistischer Diskursoberflächlichkeit und eindimensionalen Blickes bezüglich der Ursachen und wahren Zusammenhänge des Ukrainekriegs wünschen möchte.

China hält sich angesichts des am 24. Februar von Russland begonnen Territorialkriegs gegen den Nachbarn Ukraine bisher als ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat merkwürdig indifferent zurück. Peking weigert sich, zu vermitteln, beteiligt sich aber auch an keiner Eskalation von außen. Das markiert die Grundkonstellation: es ist als wenn sich zwei „schwarze Löcher“ einander näherten und gegenseitig zu verschlingen drohten. Ungeheure Fliehkräfte könnten dabei auf den Plan treten und freigesetzt werden bis hin zu einem Weltkonflikt mit Atombombeneinsatz. Der finale Punkt, an den 1962 die Kuba-Krise stieß, ist ohnehin schon durch die USA-NATO-EU-Einmischung überschritten, ohne dass bisher Atomwaffen ins Spiel kämen. Die Meldung im März, Russland würde seine Atommacht in die zweite von vier Alarmstufen versetzt haben, erwies sich aufgrund fehlender Mobilisierungsanzeichen als nicht belegbar.

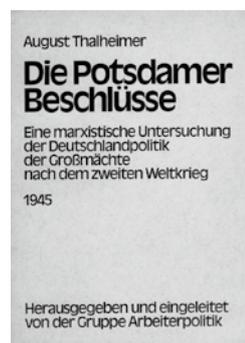
Dennoch gibt es den West-Ost-Militäraufmarsch mit unterschiedlichen Vorzeichen, den Kronauer präzise im Abriss seiner Stationen nachzeichnet und erörtert. Von der NATO unter dem Vorwand der (Vorne-)Verteidigung und Abschreckung, was im NATO-Jargon „Enhanced Forward Presence“ (gesteigerte Vornepräsenz) heißt. Während Russland in Orwellscher Neusprech-Art („Krieg ist Frieden“...) seinen militärischen Einfall in die Ukraine als „Spezialoperation“ deklariert, die das Wort „Krieg“ nicht duldet und seine Verwendung unter Strafe stellt. Schlachtfeld ist die Ukraine. Eine zusätzliche moralisch-ethische Kategorisierung kommt ins Geschehen durch von den russischen Streitkräften in besetzten

und geräumten Zonen vor allem um Kiew, aber auch anderswo mutmaßlich und tatsächlich begangene Kriegsverbrechen an ukrainischer Zivilbevölkerung und Infrastruktur (Raketen- und Mörserangriffe auf Wohngebiete, Schulen, Krankenhäuser, Sozialeinrichtungen, willkürliches Erschießen von Zivilisten, Folter, Vergewaltigung usw.).

Dies spielt als Argument gegen Moskau in einer hoch emotionalisierten, moralisierenden Weise eine zentrale Rolle bei der ideologischen Deckelung westlichen Waffen-Engagements gegen Kriegsgrausamkeit und Unmenschlichkeit, als gäbe es so etwas wie den sauberen, humanitären, weil „gerechten“ (Männer-) Krieg. Doch das Kriegsrecht ist nicht (oder noch nicht) Kronauers Thema, Sein Buch wurde kurz nach Kriegsbeginn fertig. Dass man den NATO-Aufmarsch seit vielen Jahren immer näher an Russlands Westgrenze als gegeben und provokante Tatsache ansehen muss, versteht sich spätestens seit 2008, als zwischen Georgien und Russland ein kurzer Krieg stattfand, bei dem sich Moskau als Antwort auf russisch mit provozierte georgische „Provokation“ die georgischen Gebiete Abchasien im Westen und Südossetien im Osten quasi einver-

Anzeige

August Thalheimer: Die Potsdamer Beschlüsse



Nachdruck mit einem Vorwort
der Gruppe Arbeiterpolitik,
August 1950

32 Seiten, 1,50 €.

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

leibte und seither besetzt hält bzw. im Fall Südostetiens jetzt annektiert hat. Auch Georgien versuchte, NATO-Mitglied zu werden.

Im Jahr zuvor hielt Präsident Putin bei der Münchner Sicherheitskonferenz seine denkwürdige Rede, mit der er eine scharfe Wendung weg von Understatement mit dem Westen vollzog und sich mehr auf eine eigene regionalstrategische Rolle besann. Gegen den NATO-Vortrieb nach Norden, Osten und den Süden Europas setzt Russland an seinen (West-)Grenzen auf Festlegung und Erweiterung von Einfluss- und Sicherheitszonen in angestammten Bereichen, was für Präsident Putin so viel bedeutet wie die Rekonstruktion Russlands in sowjetischer Territorialität von vor 1989 („Putin-Doktrin“). Notfalls und wie man an der Ukraine sieht, auch mit militärischer Gewalt. Hier hat man vom Westen sträflich das zu unterlassen versäumt, was der profunde UdSSR-Kenner, US-Diplomat und Schöpfer der Containment-Strategie (Eindämmung) nach 1945 gegenüber der Sowjetunion, George F. Kennan, in einem *New York Times*-Artikel von 1997 als „größten Fehler“ des Westens bezeichnete, würde er jetzt eine massive NATO-Osterweiterung betreiben. Und man unterließ es, sich diplomatisch wie politisch ernsthaft an die Vereinbarung einer gemeinsamen europäisch-eurasischen Sicherheitskonzeption zu machen. Das sind die beiden zu beklagenden Kardinalversäumnisse des Westens, die nun alles überlagern, weshalb es auch fehlgreift, einseitige Schuldzuweisungen an die Adresse Moskaus zu richten.

Die globale „Einkreisung“ Russlands und „Einhegung“ Chinas ist, auch wenn dies westliche Medien und vorherrschende transatlantische Sichtweisen nicht zugeben wollen, nicht zu übersehen. Von Nordmeer und Grönland (US Atom-U-Boote, US-Stützpunkt Thule) über die Achse Skandinavien (NATO Nord) mit Schweden und Finnland als zu erwartenden NATO-Neulingen, NATO-Mitte, Polen und Baltikum, über Balkan-Südeuropa, die Türkei, die atomstrategischen US-Trägerflotten im Mittelmeer, Arabischen Meer (Golf) und den strategischen US-Luftwaffenstützpunkt Diego Garcia im Indischen Ozean bis zur Pazifik-

trägerflotte der USA (ca. 40 Kriegsschiffe, darunter zwei Atom-Flugzeugträger) im Verbund mit den Militär-Partnern Australien, Taiwan, Südkorea und Japan. Zusammen bildet dies einen nahezu lückenlosen Bewachungs- und Bedrohungs-Cordon. China erhebt territoriale Ansprüche auf das Südchinesische Meer (Militärstützpunkte auf einzelnen Inseln) und Taiwan (National-China) und ist eng verbunden mit den Atomwaffenbesitzern Nordkorea und Pakistan. Ferner betreibt es eine ökonomisch offensive Strategie mit seiner „Neuen Seidenstraße“ und ist dabei, verstärkt in Afrika Fuß zu fassen, handels- und entwicklungs-mäßig, aber auch mit ersten Militärstützpunkten wie am Golf von Aden (arabischer Ministaat Dschibuti mit strategischer Schlüssellage zum Roten Meer). Russland hat hier außer der Pro-Assad-Connection in Syrien nichts Vergleichbares aufzubieten, wodurch es abgesehen von seiner Atommacht eine globale Gefahr darstellen könnte. Das arbeitet auch Kronauer klar heraus, ebenso wie er die Rolle Chinas schon eingehend analysierte in seinem Buch „Der Rivale. Chinas Aufstieg zur Weltmacht und die Gegenwehr des Westens“ (VSA, Hamburg 2019).

Russland, das die NATO zusätzlich „dauerhaft schwächen“ und kriegsführungsuntauglich machen möchte, befindet sich in einer defensiven Weltlage und kann eigentlich ökonomisch nicht auf mehr bauen als sein fossiles Energiepotenzial in reicher Oligarchen-Hand. Aus dessen Einbindung sich westliche Nationen, besonders Deutschland (Nordstream-Gaspipeline, Erdöllieferungen), zu lösen suchen und dies zugleich mit Sanktionen gegen Moskau verbinden. Deren Auswirkungen sich gerade in einer Hyper-Inflation in Roll-back-Manier in westlichen Ländern abzeichnet. Die freilich noch zusätzlich verstärkt werden durch massive Verschuldung aufgrund beschlossener Militäraufrüstung in 100-Milliarden-Euro Größe („Sondervermögen“ = Sonderschulden) und deutliche Erhöhung des jährlichen Militärbudgets. Wodurch Deutschland bald auf die 70-Milliarden-Marke zusteuert bei den jährlichen Verteidigungsausgaben und damit gleichzöge mit Russland,

das gegenwärtig laut SIPRI-Institut Stockholm etwa 65 Milliarden Dollar für sein Militär ausgibt.

Im dritten Buchabschnitt („Auf dem Weg in den Weltkrieg?“) begibt sich Kronauer u. a. auf spekulativ-düstere Science-Fiction-Pfade und zitiert Passagen und Aussagen aus Elliot Ackerman, James Stavridis: „2034 A Novel of the Next World War“ (New York 2021). Im Eingangskapitel schildern die beiden Militäraportoren, der eine Angehöriger des U.S. Marine Corps in Kampfeinsätzen in Afghanistan, der andere Ex-U.S. Navy-Admiral, den Beginn eines Krieges zwischen den USA und China. Schon Anfang der 1980er Jahre während des Konflikts um die Atomraketen-Stationierung in Europa zwischen West- und Ostblock, veröffentlichte der britische Ex-General Sir John Hackett seine fiktive Roman-Studie „Welt in Flammen. Der Dritte Weltkrieg. Schauplatz Europa“ (1983). In dem das Szenario eines Atomkriegs auf dem europäischen Kriegsschauplatz ausgebreitet wird. Der Publizist und damals Redakteur des Magazins *The New Yorker*, Jonathan Schell, lieferte die weit bekannter gewordene, bedrückende Studie „Das Schicksal der Erde. Gefahr und Folgen eines Atomkriegs“ (1982), wofür er viele Naturwissenschaftler und Mediziner hinsichtlich der nuklearen Folgeschäden für Mensch, Umwelt und Natur interviewt hatte. Das Buch wurde zu einer Art Katastrophen-„Bibel“ der neuen Friedensbewegung.

An große Kriege hat sich die Menschheit im ausgehenden 20. Jahrhundert nach Afghanistan I und II, Falkland, Irak I und II, Jugoslawien, Syrien beinahe schon „gewöhnt“. Der fiktiven Szenarien bedarf es bei so viel Krieg in „Echtzeit“ weniger. Jörg Kronauer vertritt die These von einem „neuen Kalten Krieg“ und bezieht sich vor allem auf neue West-Ost-Konfrontationen in einem globalen Machtkampf. Doch entspricht dies der Realität? Wesentlicher Unterschied zu früher ist, dass es nicht mehr um eine bipolare, systemgegensätzliche Blockkonfrontation geht, sondern eine multipolare Auseinandersetzung zwischen vier konkurrierenden kapitalistischen Welt-Mächten (USA, Russland, EU, China) mit zudem in deren Schatten neben den G7-Staaten und Israel national ope-

rierenden zwölf „neuimperialistischen Ländern“ Mexiko, Brasilien, Argentinien, Südafrika, Türkei, Saudi-Arabien, VAE, Katar, Iran, Indien, Indonesien, Südkorea (siehe Stefan Engel: „Über die Herausbildung der neuimperialistischen Länder“, 2017). Angemessener wäre von „Weltordnungskrieg“ (R. Kurz) oder -konflikt zu sprechen. Auch Deutschland geht „weltpolitisch verantwortlich“ auf große Fahrt gegen China und entsandte 2021 in Wiederbelebung alter kaiserlicher „Kanonenboot-Diplomatie“ eine Marine-Fregatte, um in der „Indo-Pazifik“-Region Flagge zu zeigen. Außenamt und Verteidigungsexperten erstellten ein neues strategisches „Indo-Pazifik-Papier“, das auch militärische Aspekte mit einbezieht.

Vielmehr drängt sich der Vergleich auf mit einer anderen älteren Utopie: „1984“ des englischen Sozialisten, Schriftstellers und ehemaligen Spanien-Brigadisten 1936/37, George Orwell. Das Buch entstand am Ende von Orwells Leben 1948, und man verstand darunter immer eine Para-

bel auf den sowjetischen Totalitarismus, Der Politsatiriker Orwell geißelte damit jedoch jeden modernen Totalitarismus, auch den westlichen. Hintergrund für die Erzählung vom „Großen Bruder“ und seiner Diktatur über die Köpfe und Herzen der Menschen und die „Wahrheit“ ist ein permanenter Weltkrieg zwischen den Mächten Ozeanien (mit USA und Großbritannien), Eurasien und Ostasien, die einander fortlaufend bekriegen, ohne dass es Sieger und Besiegte oder ein absehbares Kriegsende gäbe. Dies könnte viel eher eine nahe Zukunft abbilden, kein Kalter Krieg, sondern eine heiß gelaufene Dauerkonfrontation zwischen mehreren beteiligten Seiten. Dazu wäre der Krieg in der Ukraine mit seinen vielen Beteiligten, die ihn am Leben halten, nur der „Prolog“.

EK/HB, 9. Juni 2022

Jörg Kronauer: *Der Aufmarsch – Vorgeschichte zum Krieg. Russland, China und der Westen.* PapyRossa Verlag, Köln 2022, 207 S., 14,90 € |

Anzeige

Immer noch Kommunist?

Erinnerungen von Paul Elflein



Herausgegeben von Rolf Becker und Claus Bremer

Hamburg 1978. 138 Seiten, Fadenheftung, fester Einband 5,00 €.

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Anzeige

ROTE HILFE e.V.
Unsere Solidarität gegen ihre Repression!

Spendenkonto:
Rote Hilfe e.V.
Sparkasse Göttingen
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE

info@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de

Solidarität organisieren
Mitglied werden!

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.
Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

Schwerpunkt 2/2022:
Inlandsgeheimdienst „Verfassungsschutz“

**Erhältlich auch in gut sortierten
Bahnhofsbuchhandlungen**

Rezension

Sozialismus ohne Basis

Arbeiterschaft und Sozialismus in der DDR



Anfang der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts traf der damals jugendliche Rezensent in der alten Friedensbewegung auf ein paar Mitglieder einer kleinstädtischen Grundeinheit der DKP. Sie wiesen den Vorwurf, nur der verlängerte Arm Moskaus zu sein, mit einem überraschenden Argument zurück: den inhaltlichen Differenzen zwischen der Landreform während der Zeit der Sowjetischen Militärrégierung und der späteren Zusammenfassung der Neubauern in LPGs¹ nach der Gründung der DDR.

Sie leiteten daraus ab, keine Unterscheidung zwischen DKP und SED machend, dass deutsche Kommunisten sehr wohl ihre eigene Agenda haben, und diese notfalls auch gegen Moskau durchsetzen. Das ließ einen sprachlos zurück. Bisher war man der Ansicht, dass alle Kommunisten das gleiche Programm verfolgen. Dazu sollte auch die Kollektivierung des Bodens gehören. Die Argumentation der DKPler stand auch in diametra-

lem Gegensatz zu allen Erklärungen von rechts bis links, einschließlich der offiziellen DKP-Position, was in den Nachkriegsjahren in der Sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR geschehen sei. Im Allgemeinen wurde die Gründung der LPGs als zwangsläufige Folge der Blockkonfrontation gesehen. Ein selbstständiges Handeln von Kommunisten aus der alten KPD kam da nicht vor.

Die Gründe für diese widersprüchliche Entwicklung hat jetzt Heiner Karuscheit in seiner Untersuchung Sozialismus ohne Basis. Arbeiterschaft und Sozialismus in der DDR dargelegt. Bevor wir uns dem Inhalt zuwenden, muss zuerst der Autor vorgestellt werden.

Karuscheit kommt aus der westdeutschen ML-Bewegung. Nach deren Zerfall wurde er Redakteur der Zeitschrift *Aufsätze zur Diskussion (AzD)*. Sie war das Organ der Gruppe Neue Hauptseite Theorie (NHT). Deren Ziel war eine kritische Beschäftigung mit der ML-Bewegung auf marxistischer Basis.

Die NHT ist zerfallen, aber die AzD erscheinen noch heute. Dort versucht man auf wissenschaftlichem Niveau den Marxismus zu verteidigen und weiterzuentwickeln. Diese publizistischen Aktivitäten laufen in der Regel unterhalb des Radars der etablierten linken Publikationen ab. Doch im Jahr 2013 tauchte Karuscheit mit seinem Buch zum Ersten Weltkrieg² wie der sprichwörtliche Phönix aus der Asche auf. Die Tageszeitung *junge Welt* veröffentlichte auf ihrer Themenseite sogar einen Vorabdruck.

Diese Schrift war der Beginn einer Reihe von Veröffentlichungen, zum Teil in Zusammenarbeit mit anderen Autoren, zu Fragen der deutschen und russischen Geschichte am Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts. Auf

den Ergebnissen dieser Arbeiten baut das hier besprochene Buch auf.

Karuscheit vertritt Positionen, die den traditionellen linken Sichtweisen, besonders solchen, die aus der Tradition des Spartakusbundes/KPD/SED kommen, zuwiderlaufen. Das gilt ganz besonders für sein Buch zum Ersten Weltkrieg. Dort finden sich folgende Thesen:

- ▶ Mit der Reichsgründung von 1871 wurde Deutschland nicht zu einem bürgerlichen Staat. Die Aufgaben der gescheiterten Revolution von 1848 harrten damit immer noch ihrer Erledigung. Die damalige SPD und ihr linker Flügel betrachteten das Kaiserreich aber als bürgerlichen Staat, ohne das jemals näher untersucht zu haben. Daher gab es für sie als nächsten Schritt in der geschichtlichen Entwicklung nur den Sozialismus.
- ▶ Die SPD des Kaiserreichs hat keinen Prozess der Verbürgerlichung durchlaufen, sondern eine Verpreuung. Das war die Folge davon, dass sie sich nicht in einen bürgerlichen Staat integrierte, sondern in den militärisch fundierten preußischen Obrigkeitsstaat.
- ▶ Der wesentliche Grund für den Ausbruch des 1. Weltkriegs lag nicht in der Konkurrenz zwischen den imperialistischen Ländern. Ausschlaggebend waren die innenpolitischen Verhältnisse in Deutschland. Die Klasse der Junker wollte mit einem Erfolg auf dem Schlachtfeld ihre Stellung als die das Land dominierende Klasse wieder festigen. Der Reichsgründungskompromiss zwischen Bourgeoisie und Junkertum war 1909 zerbrochen.
- ▶ Aufgrund der Fehleinschätzung der Gesellschaft, in der sie wirkte, ging der linke Flügel der Arbei-

1. *Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft*

2. Heiner Karuscheit, *Deutschland 1914. Vom Klassenkompromiss zum Krieg.*, Hamburg 2014

terbewegung während der Novemberrevolution von falschen Voraussetzungen aus. Er kämpfte für die Einführung des Sozialismus und nicht für die Vollendung der Revolution von 1848. Das isolierte ihn von der Gesellschaft. Seine Ziele waren nicht einmal in der Arbeiterklasse mehrheitsfähig.

- Die Novemberrevolution war daher eine gescheiterte bürgerliche Revolution. Im Gegensatz dazu betrachtete sie die KPD der Zwischenkriegszeit als gescheiterte sozialistische Revolution.

Diese Positionen stoßen innerhalb der kommunistischen Bewegung auf Ablehnung. Daher wäre es nützlich gewesen, wenn einer der emeritierten Hochschullehrer, die in linken Publikationen veröffentlichen, eine Kritik des Buches vorgenommen hätte. Ein Fachhistoriker sollte seine Thesen mit der gleichen Gründlichkeit widerlegen oder bestätigen, wie es Karuscheit mit dem fraglichen Abschnitt der deutschen Geschichte gemacht hat. Das ist nach Wissen des Rezensenten nicht passiert.

Daher setzt Sozialismus ohne Basis die aufgeführten Thesen als gegeben voraus. Der Text beginnt mit dem Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom Juni 1945, worin sich folgende programmatische Aussage findet: *„Mit der Vernichtung des Hitlerismus gilt es gleichzeitig, (...) die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen hat, zu Ende zu führen...“*. Für Karuscheit bedeutet das *„eine vollständige Abwendung von der bis dahin verfolgten Revolutionsstrategie der KPD“*. Diese Kehrtwendung erfolgte nicht ganz freiwillig. *„Bereits 1938 hatte der ‚Kurze Lehrgang der Geschichte der KPdSU (B)‘ verlautbart, dass die Novemberrevolution in Deutschland keine sozialistische, sondern eine unvollendete bürgerliche Revolution gewesen sei“*.⁴ Diese Linienänderung stieß an der Basis auf Widerstand, sie wurde aber nicht diskutiert. Ebenso wenig beschäftigte man sich mit der linksradikalen Politik der KPD in der Zwischenkriegszeit. Auch stellte man sich nicht die Frage, *„mit welcher Politik es dem Nationalsozialismus gelungen war, die Mehrheit der Arbeiterschaft bis zum Schluss an die ‚Volksgemeinschaft‘ zu binden?“* Die vorherrschenden Ein-

stellungen legten *„die unausgesprochene Schlussfolgerung nahe, dass die Partei die Rolle eines Vormundes übernehmen musste, um ein irregeleitetes Proletariat umzuerziehen.“*

Da die deutschen Kommunisten nicht aus eigener Kraft an die Schaltstellen der staatlichen Macht gelangt waren, mussten sie sich den Vorgaben aus Moskau fügen. Das bedeutete aber nicht, dass sie damit ihre Ziele aufgegeben hätten. Ihnen spielte in die Hände, *„dass die aus Moskau kommenden Direktiven in unterschiedliche Richtungen wiesen.“* Das lag an *„unterschiedlichen Auffassungen über die zu verfolgende Außen- und Revolutionspolitik“*.

Diese Richtungen bezeichnet Karuscheit als Defensiv- und Offensivstrategie. *„Stalin vertrat eine vorsichtig-defensive Konzeption.“* Die Vertreter dieser Richtung betrachteten die erforderlichen Rüstungsanstrengungen bei einer offensiven Politik als Gefahr für den wirtschaftlichen Wiederaufbau. Sie setzten daher auf ein neutrales bürgerliches Gesamtdeutschland. Im Rahmen dieser Politik wurde mit der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone die Klasse der ostelbischen Gutsbesitzer entmachtet. Zu dieser Linie gehört auch die Stalin-Note vom März 1952. Sie hätte eine Wiedervereinigung Deutschlands zu Bedingungen erlaubt, wie sie Österreich akzeptiert hat. Damit wäre Deutschland zu einem neutralen Staat zwischen dem sich bildenden westlichen Bündnis und der UdSSR geworden.

Die Vertreter der Offensivstrategie waren überzeugt von der prinzipiellen Überlegenheit des Sozialismus und einer gleichzeitigen Verschärfung der Krise des Kapitalismus. Sie gingen davon aus, dass Konzessionen das imperialistische Lager nur aggressiver machen würde. Diese Richtung wünschte *„eine rasche Umgestaltung der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands nach sowjetischem Vorbild“*. Diese Fraktion vertrat ähnliche Vorstellungen wie die Kommunisten in der SED.

Daher reagierte die Führung der SED auf die Stalin-Note mit dem Sozialismusbeschluss vom Juli 1952. Ihr war klar, dass sie eine Wiedervereinigung zu einer Oppositionspartei machen würde. Mit dem Sozialismusbeschluss lieferte sie den Gegnern der

Stalin-Note im Westen die Argumente, den Vorschlag der UdSSR abzulehnen. Damit vertiefte sie *„die Spaltung Deutschlands vom Osten her“*. Hier kam die Agenda der deutschen Kommunisten zum Tragen, die immer noch ihrer linksradikalen Linie folgten. Auch sie wurden von einem großen historischen Optimismus getragen. Sie erwarteten, dass eine erfolgreiche Entwicklung des Sozialismus die Menschen von seiner Überlegenheit überzeugen werde.

Doch das war Wunschdenken. Da dieses System den Menschen von oben oktroyiert wurde, machten sie es nicht zu ihrer Sache. Wie man an Cuba und Venezuela sehen kann, sind Menschen bereit, für den Sozialismus viel zu erdulden. Doch müssen sie dafür zuerst den Sozialismus zu ihrer Sache machen.

Genau entgegengesetzt verhielten sich die Menschen in der DDR. Ihre Arbeitsmoral war schlecht. Sie verließen die DDR und gingen in den kapitalistischen Teil Deutschlands, wo ein höheres Konsumniveau auf sie wartete. Am Ende kam es wegen einer Akkorderhöhung zum Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953.

„Damit gab die Arbeiterschaft die Antwort auf den ihr übergestülpten Sozialismusbeschluss ein Jahr zuvor – die Herrschaft der SED war am Ende. Sie wurde damals noch einmal durch das Eingreifen der sowjetischen Armee gerettet ...“.

Mit dem Eingreifen in der DDR war der Machtkampf in Moskau entschieden und die Parteilinke stellte die Weichen für die weitere Entwicklung der UdSSR. Wie wir heute wissen, begann damit der Marsch in den Abgrund.

In der DDR führten die Ereignisse von 1953 zu einer absurden Situation. *„Auch wenn die Rebellion der Arbeiter am 17. Juni 1953 gescheitert war, hing die Erfahrung ihres Aufstandes wie ein Damoklesschwert über der SED und verschaffte den Arbeitern ... strukturelle Macht, alle wiederkehrenden Anläufe, das Leistungsprinzip in der Produktion durchzusetzen, zum Scheitern zu bringen. Kaum meldete das MfS das leiseste Murren der Unzufriedenheit, ließ die SED das Vorhaben fallen wie eine heiße Kartoffel.“*

In der DDR war die Arbeiterklasse also doch an der Macht, wenn auch nicht im Sinne von Kommunisten. Solche Verhältnisse kann man gelegentlich auch in bürgerlich-kapitalis-

4. Alle nicht nachgewiesenen Zitate sind dem besprochenen Buch entnommen.

tischen Staaten beobachten. Sobald strategisch wichtige Teile der Arbeiterklasse beginnen ihre Unzufriedenheit zu äußern, geben die Herrschenden sofort nach.

Die Rote Armee hatte die Herrschaft der SED gesichert. Daher musste ihre Herrschaft enden, als die UdSSR dazu nicht mehr bereit war. So ist es dann auch gekommen. Für Karuscheit kehrte damit „die von der KPD/SED 1918/19 ebenso wie 1952/53 negierte bürgerliche Revolution 1989/90 zurück“. Er sieht das als eine positive Entwicklung. Diese Revolution „schob einen Klotz beiseite, der dem gesellschaftlichen Fortschritt im Wege stand“. Ohne dem Verschwinden dieses Klotzes war und ist, seiner Ansicht nach, „kein neuer Anlauf zur Ablösung der bürgerlichen Ordnung durch eine assoziierte Gesellschaftsordnung möglich“.

Diese Ansicht wird vielen nicht behagen. Doch letztendlich muss man sich dieser Sicht anschließen. Der Sozialismus kann nur durch einen freiwilligen Akt, im Rahmen der jeweiligen historischen Möglichkeiten, eingeführt werden. Mit Direktiven von oben geht das nicht, schon gar nicht, wenn sie von der Basis abgelehnt werden. Greift man zu solchen Maßnahmen, untergräbt man die eigenen intellektuellen Grundlagen.

Das kann man auch am weiteren Lebensweg der eingangs erwähnten DKPler sehen. Nach dem Fall der Mauer ging einer zur SPD. Ein anderer hat sich später im Rahmen der Linkspartei dafür entschuldigt, Mitglied der DKP gewesen zu sein. Das sind keine guten Voraussetzungen, dass sich Menschen wieder an den Schriften von Marx und Engels orientieren, wenn sie mit ihren Lebensbedingungen unzufrieden sind.

Titel und Titelbild lassen einen zähen Text in der Art von SED-Dokumenten erwarten, doch das Gegenteil ist der Fall. Das Buch liest sich überraschend gut. Ihm ist eine weite Verbreitung zu wünschen, auch wenn man sich den Standpunkten des Autors nicht anschließen möchte. Man erfährt darin viel Neues aus den internen Diskussionen in der UdSSR und SED.

Emil Berger

Sozialismus ohne Basis. Arbeiterschaft und Sozialismus in der DDR. Verlag am park Berlin, 2021, 184 Seiten, 15,- €

Leserbrief zu „Klassenanalyse: eine Aktualisierung, Teil II“ aus Arbeiterstimme Nr. 215

Im Schlussabschnitt dieses Artikels beschäftigt sich der Autor mit Themen, „die als über jede Klassenfrage hinausgehende, als Menschheitsziele verstanden“ werden, genauer: mit „Klimaveränderungen“ und „sonstigen ökologischen Fragen“. Er stellt fest, dass es innerhalb der Linken (sowohl als „Umfeld aller linken Strömungen“ als auch als „Partei Die Linke“ verstanden) zwei Ansätze gibt: Der erste legt den Schwerpunkt auf Sozialpolitik und klassische Arbeiter:innen-Themen, der zweite „eher auf Umwelt, Klima und Identitätspolitik“. Zum Schluss der weiteren Ausführungen zu politischen, kulturellen etc. Differenzen und Mentalitäten legt er dar, dass diese Strömungen (sozial bzw. ökologisch orientiert) „oft nicht zu einer gemeinsamen Sprache, nicht zu einer gemeinsamen Sichtweise der Dinge und deshalb auch nicht zu einer gemeinsamen politischen Strategie“ finden. Im folgenden werden im Artikel leider weiterhin nur Gründe angeführt, warum es unter gegenwärtigen Verhältnissen so schwierig ist, diese Gräben zu überwinden. Es fehlt, so meine ich, an der Erörterung, wie aus diesem Dilemma herauszukommen ist und wie es gelingen kann, soziale und ökologische Fragen als Klassenfragen, die sie sind, zusammenzuführen, anstatt sie gegeneinander zu stellen.

Daher erlaube ich mir, einen Abschnitt aus meiner Buchbesprechung zu Klaus Dörre, Die Utopie des Sozialismus, Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution aus Arbeiterpolitik 1/2 2022 zu zitieren. Damit soll gezeigt werden, dass es ein Bewusstsein über den Zusammenhang sozialökologischer Themen und praktische Versuche der Umsetzung in Betrieben und Gewerkschaften durchaus gibt:

„Ein Beispiel für solche Zusammenarbeit auf Betriebsebene bietet das Bosch-Werk in München. Dort will seit einem Jahr die Geschäftsführung das Werk schließen und die Produktion nach Tschechien und Brasilien verlagern. Als Begründung dient die bevorstehende Umstellung vom Verbrenner zur Elektromobilität. Belegschaft, Betriebsrat und IG Metall wiesen diese Begründung zurück: ‚Klima und Arbeitsplätze müssen zusammengehen!‘, ‚Werk erhalten, Produktion umstellen!‘,

‚Wir werden kämpfen!‘, ‚Gemeinsam gegen Entlassungen und Klimawandel!‘ lauteten Parolen am Bosch-Solidaritätstag am 19. November und bei anderen Gelegenheiten. In Wahrheit, so der Betriebsratsvorsitzende Giuseppe Ciccone, wolle der Konzern nur seinen Profit steigern. Klimaschützer:innen von Fridays for Future, Antikapitalistisches Klimatreffen, Klassenkampf und Klimaschutz, DIFD-Jugend, Zukunft erkämpfen, Münchner Gewerkschaftslinker und anderen Gruppen sind auch dabei. Beschäftigte und Klimabewegte kämpfen gemeinsam.

Ein Beispiel für eine ganze Tarifrunde war die gemeinsame Kampagne von FfF und ver.di zur Tarifrunde im Öffentlichen Nahverkehr 2020 (die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat eine Broschüre dazu herausgegeben). Die zentralen Ziele, ein einheitlicher bundesweiter Manteltarifvertrag für den ÖPNV und durchgreifende Verbesserungen der Löhne und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, wurden zwar nicht erreicht. Aber die Solidarität und Zusammenarbeit zwischen Klimabewegten und Streikenden in ca. 30 Städten waren eine wichtige Etappe in dieser Entwicklung. Es ging auch hier wieder darum, nicht die soziale und die ökologische Frage gegeneinander auszuspielen (schon gar nicht vom kapitalistischen, aber auch nicht vom rein gewerkschaftlichen Standpunkt aus), sondern die Gemeinsamkeiten zu suchen: Fridays for Future (FfF) haben Interesse an der Aufwertung des ÖPNV wegen Klimaschutz, Busfahrer:innen desgleichen wegen der Würdigung ihres Berufes, der Verbesserung ihrer Einkommen und Arbeitsbedingungen. Deshalb gingen FfF-Leute zu den Streikposten, um Kampfformen der Busfahrer:innen kennen zu lernen, mit ihnen ins Gespräch zu kommen und sie zu unterstützen. Das gilt zwar vorläufig wohl nur für eine Minderheitsfraktion der FfF, aber immerhin. Die Erkenntnis bei den Beteiligten war wie bei Bosch: ‚Nur Arbeiter:innen können Klimaschutz herbeiführen.‘“

F/HU, 31. März 2022

Die Buchbesprechung findet sich im Internet unter: <https://arbeiterpolitik.de/2022/01/die-utopie-des-sozialismus-kompass-fuer-eine-nachhaltigkeitsrevolution-von-klaus-doerre/> die Broschüre unter <https://www.rosalux.de/publikation/id/44712/mein-pronomen-ist-busfahrer:in>.

Seenotrettung vor Gericht: Anklage gegen die Iuventa Crew

Presseerklärung der Roten Hilfe e.V.



Am Samstag, 21. Mai 2022 beginnt im italienischen Trapani der bisher größte Prozess gegen die Seenotrettung. Nach fünf Jahren Ermittlungen drohen vier Crewmitgliedern aus Deutschland bis zu 20 Jahre Haft, weil sie dabei geholfen haben, mehr als 14.000 Menschen im Mittelmeer vor dem Ertrinken zu retten. In dem Verfahren klagt die Staatsanwalt-

schaft insgesamt 21 Personen, eine Reederei und zwei Nichtregierungsorganisationen an. Der Vorwurf: „Beihilfe zur irregulären Einreise“. Im Falle einer Verurteilung drohen den Angeklagten zudem Strafforderungen in Millionenhöhe.

Ab Juli 2016 begannen Freiwillige sich mit dem eigens gekauften Schiff Iuventa an Such- und Rettungsaktionen im zentralen Mittelmeer zu beteiligen und Menschen aus Seenot in sichere europäische Häfen zu bringen. Nach mehreren Versuchen der Kriminalisierung der Seenotrettung wurde die Iuventa im August 2017 von der italienischen Staatsanwaltschaft beschlagnahmt. Dabei wurden zudem Ermittlungsverfahren gegen mehrere Besatzungsmitglieder*innen eingeleitet.

In der am Samstag beginnenden nicht-öffentlichen Vorverhandlung wird entschieden, ob die Anklage fallen gelassen oder ein möglicherweise jahrelanger Prozess gegen die Seenotretter*innen eingeleitet wird. Verschiedene Menschenrechtsorganisationen und antirassistische Gruppen haben für den Tag bereits Proteste angekündigt. Auch

in Deutschland gibt es seit Wochen Solidaritätsveranstaltungen und -aufrufe.

Anja Sommerfeld vom Bundesvorstand der Roten Hilfe e. V. fordert eine sofortige Einstellung des Verfahrens und ein Ende der Kriminalisierung der Seenotrettung. „Die Crew der Iuventa wollte nicht länger tatenlos zuschauen, wie Menschen im Mittelmeer ertrinken und sterben. Wegen der Rettung von Menschenleben angeklagt zu werden, ist eine Farce. Mit ihrem mutigen Einsatz haben die Iuventa und andere Seenotretter*innen die Humanität gezeigt, die die EU und ihre Regierungen an den europäischen Außengrenzen vermissen lassen.“

Die Rote Hilfe unterstütze alle, die dafür kämpfen, dass Menschenrechte für alle gleichermaßen gelten und ist solidarisch mit den Angeklagten im Iuventa und anderen Verfahren, sagt Sommerfeld. *„Seenotrettung ist kein Verbrechen, sondern angesichts der menschenverachtenden Asylpolitik der Europäischen Union dringend notwendig. Wir versichern allen, die deswegen jetzt von Repression betroffen sind unsere Solidarität.“*

20. 5. 2022, Rote Hilfe e.V.

Vorverhandlungen aufgrund schwerer Verfahrensfehler pausiert



Gestern fand eine weitere Anhörung im Fall gegen die Iuventa Crew und weitere Angeklagte wegen des Vorwurfs der Beihilfe zur illegalen Einreise statt - nun sind die Vorverhandlungen aufgrund schwerer Verfahrensfeh-

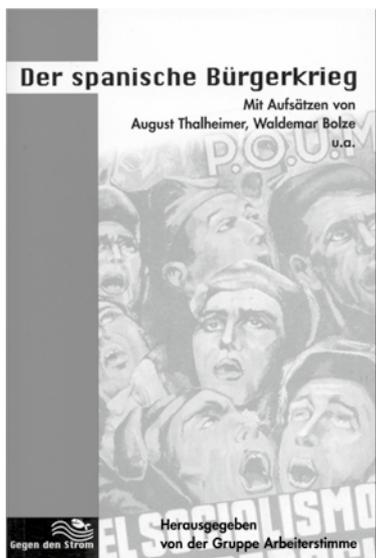
ler der Staatsanwaltschaft ausgesetzt worden. Der Richter forderte die Staatsanwaltschaft auf, die Fehler zu korrigieren - bis dahin werden die Vorverhandlungen pausiert.

Dass die Staatsanwaltschaft es nach fünf Jahren Ermittlung nicht geschafft hat, ein ordnungsgemäßes Verfahren durchzuführen, ist ein Skandal an sich. Natürlich ist es wichtig, dass die Iuventa Crew und die anderen Angeklagten ein faires

Verfahren bekommen - gleichzeitig bedeutet es aber auch, dass die Angeklagten wieder Monate auf die Wiederaufnahme des Verfahrens warten müssen, weil die Staatsanwaltschaft in den fünf Jahren der Ermittlungen ihre Arbeit nicht richtig gemacht hat. Wir stehen in voller Solidarität mit den Angeklagten!

18. 6. 2022, Seebücke
www.seebuecke.org

Der spanische Bürgerkrieg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Okto-

ber 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin,“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

240 Seiten, Paperback, 12,- €
 ISBN 3-00-010296-5
 Herausgegeben von der
Gruppe Arbeiterstimme

Silke Makowski

„Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern“ Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933



Der antifaschistische Widerstand der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) ist bisher weitgehend unbekannt, obwohl sich Zehntausende AktivistInnen aus verschiedenen sozialistischen Strömungen daran beteiligten. Spendensammlungen für die politischen Gefangenen, interner

Zeitungsverkauf sowie Flugblattverteilungen gegen den NS-Terror fanden selbst in kleineren Orten statt, während in größeren Städten noch über Jahre hinweg ein gut organisierter illegaler Apparat existierte, der die Arbeit der Basiszellen koordinierte. Durch internationale Kontakte konnten weltweite Freilassungskampagnen initiiert und die Flucht von Verfolgten organisiert werden. Zahllose Rote HelferInnen wurden für ihren Widerstand zu hohen Strafen verurteilt, und viele von ihnen wurden von den Nazis ermordet.

Die Broschüre zeigt die Bandbreite des Widerstands der Roten Hilfe gegen den NS-Terror auf und regt durch viele Beispiele aus verschiedenen Städten und Regionen zur eigenen Spurensuche vor Ort an.

Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs zur Geschichte der Roten Hilfe – Band I
 DIN A 4, 120 Seiten, 7,- Euro
 ISBN 3-9809970-4-9

Faschismus in Deutschland



Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928 bis 1933

Herausgegeben und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik
 296 Seiten, Klebebindung. 8,00 €.

Wieder Lieferbar:

Die Bremer Linksradikalen



Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920

65 Seiten, Broschur. 3,- €.

Bestelladresse:
 Arbeiterstimme, Postfach 910307
 90261 Nürnberg
 oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Bestelladresse:
 Arbeiterstimme, Postfach 910307
 90261 Nürnberg
 oder:
redaktion@arbeiterstimme.org